

UNIA



IE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Mut tut gut: Wie Maler Fröhlicher sein Glück fand. Seite 18

Das **Emmental**
hat jetzt eine
Frau als
Gewerkschafts-
Boss.

Die grosse
Reportage.

Seiten 4–5

Hände weg von
Frauen-Renten



Höheres Rentenalter
bedeutet eine Renten-
kürzung. Seite 3

Vorwärts mit
Gärtner-GAV

Die Westschweiz hat
jetzt Verträge. Wann
folgt die Restschweiz
endlich? Seite 6

Macrons Virus

Was wirklich hinter
den Corona-Protesten
in Frankreich steckt.
Die Analyse. Seite 11

Mach mal
Pause!

Hektik und Stress im
Job nehmen zu. Um-
so wichtiger werden
die Pausen. work
sagt, welche Rechte
Sie haben. Der grosse
Ratgeber. Seiten 14–15

Für alle Fälle
Stefanie



workedito
Marie-Josée Kuhn

WELCHE FREIHEIT?

Was für ein Sommer! Er fiel buchstäblich ins Wasser. Regen, Regen, Regen, Fluten und Hagelstürme. Mordio und Totschlag: Wir werden das Bild dieses gigantisch gähnenden Erdlochs von Erftstadt in Nordrhein-Westfalen nie mehr vergessen. Eine ganze Häuserzeile wurde einfach verschlungen. Deutschland sah plötzlich aus wie ein Entwicklungsland. Nicht so schnell loslassen werden uns auch die

Der Countdown läuft: bei Klima und Corona.

losen Naturgewalten. Und wir Menschen ganz klein. Hilflos klein. Wieder hilflos klein. Wie schon beim Überfall von Corona.

ALARMSTIMMUNG. Der Countdown läuft. Das zeigt der neuste Bericht des Weltklimarates: Was wir wettermässig soeben erleben, ist der radikalste Klimawandel seit Jahrmillionen. Und er ist menschengemacht! Selbst im besten erwartbaren Fall werden Starkniederschläge und Hitzewellen bereits in nächster Zeit häufiger auftreten und Intensitäten von bisher ungekanntem Ausmass erreichen. Dies gelte gerade für die Schweiz (Seite 10). Alarmstimmung zu Recht also. Der Countdown läuft. Können wir die Impfquote in den nächsten Wochen nicht massiv steigern, erwartet uns ein heftiger Herbst. Es drohen immer noch mehr noch aggressivere Virus-Mutationen. Umso mehr, wenn es uns, im reichen Norden, nicht gelingt, die Menschen im armen Süden ebenfalls zu impfen, indem wir Millionen von Impfdosen gratis abgeben (Jean Ziegler auf Seite 7). Sie demonstrieren für den Zugang zu Impfstoffen (zum Beispiel in Thailand), während bei uns gegen das Impfen die Strassen gestürmt werden.

Nirgendwo in Westeuropa gibt es mehr Impffaule als in der Schweiz. Dennoch möchte der Bundesrat da nicht ein bisschen nachhelfen. Im Gegenteil: Er kuscht vor den «Normalitäts»-Dränglern der Wirtschaft und den Impfgegnerinnen und -gegnern. Diese haben halt gegen das Covidgesetz das Referendum ergriffen – und könnten es in der Abstimmung im November sogar zu Fall bringen. Schweizer Polit-Ranggen «as usual». Derweil sich die SVP grad an die Covidioten ranmacht. Quasi ein Jungbrunnen für eine ausgetrocknete Partei. Jetzt brüllen sie es im Kanon: «Endlich Normalität!», «Endlich Freiheit!».

FREIHEIT, BRÜDERLICHKEIT, GLEICHHEIT. So wollte es die Französische Revolution von 1789. Endlich Freiheit («Liberté») fordern jetzt auch Tausende Protestierender in Frankreich. Befreiung von Präsident Emmanuel Macrons giftiger Impfpolitik. Sie ist eine unsoziale Verwirrpolitik, analysiert work-Korrespondent Oliver Fahrni (Seite 11). Und sie treibt die Menschen scharenweise in die hartrechten Arme von Le Pen und Co. Befreiung vom Macron-Virus verlangen aber auch die französischen Gewerkschaften. Ihre nicht ganz einfache Botschaft: «Impfen ist notwendig, aber sie muss im Rahmen einer sozialen Gesundheitspolitik geschehen!» Freiheit, Solidarität, Gleichheit: Warum rufen heute so viele einseitig nur nach der Freiheit? Und nicht gleichzeitig auch nach den zwei anderen demokratischen Grundwerten? Nach Brüderlichkeit, sprich: Solidarität? Nach der Einbettung des Ichs in eine gesellschaftliche Perspektive? Und nach Gleichheit? Denn die drei sind untrennbar miteinander verbunden. Bei Klima und Corona.

Pawel K. bekommt 25 000 Franken Taggelder nachbezahlt «Ohne die Unia hätte ich das Geld wohl nie bekommen!»

Weil Schreiner Pawel K. temporär angestellt ist, will die Firma fast kein Krankentaggeld auszahlen. Doch er wehrt sich – mit Erfolg!

CHRISTIAN EGG

80 bis 120 Kilo wiegen die Brandschutztüren. Schreiner Pawel K. muss sie zusammen mit einem Kollegen in den fünften Stock des Neubaus schleppen, in dem er auf Montage arbeitet. Nicht eine. Sondern fünf pro Tag oder mehr.

Am 13. August 2020 passiert es. K. erinnert sich gut: «Ich habe die Tür gehoben, da machte es

«Die Firma sagte, sie seien human – wie wenn die Zahlung ein Bonus wäre oder so.»

PAWEL K., SCHREINER

klack im Rücken, und nichts ging mehr.» Sofort verspürt er starke Schmerzen, bald ist das rechte Bein gelähmt. Bandscheibenvorfall! Ein Fall für die Krankentaggeldversicherung.

Pawel K. ist temporär angestellt. Zwei Wochen später läuft sein Vertrag aus. Sein Arbeitgeber, die Personalvermittlungsfirma Life Personal AG in Zürich, zahlt ihm deshalb zunächst nur gut 2500 Franken Krankentaggeld.

DER GAV IST EINDEUTIG

Doch das ist nicht korrekt. Temporärarbeitende haben Anspruch auf Taggeld, bis sie wieder gesund sind. Auch wenn der Vertrag vorher ausläuft. Während maximal 720 Tagen. So regelt es der Gesamtarbeitsvertrag Personalverleih, der für die Branche verbindlich ist.

Zwei Monate nach dem Unfall erhält Pawel K. plötzlich nochmals 2500 Franken von der Life Personal. Das habe ihn stutzig gemacht, sagt er: «Ich rief an, und sie sagten mir, sie seien human – wie wenn die Zahlung ein Bonus wäre oder so.» Danach ruft K. direkt bei der Versicherung an – und erfährt: Sie hat der Life Personal für den September das volle Taggeld für K. überwiesen, gut 5000 Franken. Das be-



SCHREINER PAWEL K. hat eingefordert, was ihm zusteht – als temporär Angestellter sind das bis zu 720 Tage Krankentaggeld. FOTO: MICHAEL SCHOCH

legt eine Abrechnung, die work vorliegt. Doch die Firma hat die Hälfte des Betrags selber eingesackt.

FIRMA UNTER DRUCK

Nun wendet sich K. an die Unia. Und der Bschiss fliegt vollends auf. Denn Pawel K. bekam ab Oktober keinen Rapen mehr von der Life Personal. Obwohl er bis zu seiner Genesung Ende April dieses Jahres Anspruch auf Taggelder hatte. Unia-Rechtsberater Vadim Drozdov: «Insgesamt hat ihm die Firma über 25 000 Franken vorenthalten.»

Es stellt sich heraus: Die Life Personal hat die Arztzeugnisse von

«Manche Personalverleiher melden Fälle bewusst nicht bei der Versicherung an.»

KAJ RENNENKAMPFF, VOLLZUG

Pawel K. gar nie weitergeleitet. Drozdov: «Die Versicherung meinte deshalb, er sei schon wieder gesund.» Mehrmals fordert der Jurist Life Personal zum Handeln auf, aber nichts passiert. Die Firma reagiert erst, als er mit einer Betrei-

bung droht. Nun erhält K. endlich die abgezweigten 2500 Franken von der Life Personal. Plus gut 23 000 Franken Taggelder direkt von der Versicherung.

Die Life Personal schreibt von einem «Fehler» und einem «Einzelfall». Sie nennt gleich drei Ursachen: den Lockdown ab letztem Dezember, einen Umzug der Firma im Frühjahr sowie die Versicherung, von der sie «den Entscheid relativ spät erhalten habe».

Für Kaj Rennenkampff, Leiter des Vollzugs in der Branche, ist Pawel K. hingegen kein Einzelfall: «Manche Personalverleiher meinen, sie müssten keine Taggelder mehr zahlen, wenn der Einsatzvertrag ausläuft. Bei anderen gibt es eine Weisung von oben, Fälle nicht bei der Versicherung anzumelden.» Der Grund: Wenn eine Versicherung zahlen muss, kann sie im nächsten Jahr die Prämien erhöhen. Und das wollen die Temporbüros vermeiden. Rennenkampff rät: «Betroffene nehmen am besten Kontakt mit der Unia auf.»

So wie es Pawel K. getan hat. Der sagt heute: «Ohne die Unterstützung der Unia hätte ich wohl nie bekommen, was mir zusteht!»

Pawel K.: der Pechvogel



Ende gut, alles gut? Leider nein! Jetzt, wo der Rücken wieder hält, stürzt Pawel K. vom Bänkli und bricht sich das Handgelenk. Ausgerechnet während des Fototermins mit work!

Fotograf Michael Schoch: «Pawel war voller Elan und kletterte im Garten auf die Rückenlehne des selber gezimmerten Möbels. Da kippt es nach hinten, er stützt sich mit der Hand ab, und es macht knacks!» Schoch ruft sofort eine Ambulanz, diese bringt den Pechvogel ins Spital.

NICHT ZUM ERSTEN MAL. Vor drei Jahren hatte K. zuerst das Knie kaputt, dann eine Hirnhautentzündung. Dann der Bandscheibenvorfall während der Arbeit. Als Schreiner kann K. jetzt nicht mehr arbeiten. Aber er lässt sich zum Lastwagenchauffeur umschulen. Die Ausbildung habe er fast fertig, berichtet K.s Frau am Telefon. «Jetzt fehlen nur noch die Abschlussprüfungen.» Aber die kann er im Moment vergessen: Mindestens sechs Wochen darf er nicht ans Steuer. work wünscht gute Besserung! (che)

FDP ernennt neuen Präsidenten: Thierry Burkart und die vier A



RECHTSUMKEHRT! Hauptmann Burkart wird die FDP auf rechts trimmen. FOTO: KEYSTONE

Die FDP hat einen neuen Präsidenten: Ständerat Thierry Burkart ist zwar noch nicht gewählt, aber bereits ernannt. Von der Findungskommission, die gar keine Auswahl hatte. Und von

Burkart = Auspuffe, AKW, Abzocker und Aargau.

der NZZ, die vor lauter Begeisterung gar Bach-Kantaten anstimmte. Nicht verwunderlich, denn Burkart (u.a. Wirtschaftsanwalt, Hauptmann, LKW-Lobbyist) steht für ein scharfes Rechtsumkehr der FDP.

Politisiert wurde er nach eigenen Angaben, als er als 14-jähriger Flugblätter gegen die Armeeabschaffungsinitiative der GSoA verteilte. Wie kuschelig er es mit der SVP hat, bewies Burkart als Präsident der Aargauer Kantonalpartei. Schulter-schlüssle-reien noch und nöcher.

Zu den drei A «Auspuffe, AKW und Abzocker» gesellt sich jetzt noch ein viertes, der Aargau. Burkart ist gegen effizienten Klimaschutz, selbst das bescheidene CO₂-Gesetz war ihm zu viel. Und Burkart ist gegen ein EU-Rahmenabkommen – letzteres aber nicht etwa wegen des Schweizer Lohnschutzes, den Parteikollege Bundesrat Ignazio Cassis opfern wollte. Nur damit da keine Missverständnisse entstehen.

GLP FREUT'S. Über den absehbaren Kurswechsel der FDP unter Burkart nach rechts kann sich die GLP freuen. Denn bei der finden Wählerinnen und Wähler, die gesellschafts- und umweltpolitisch nicht so verstockt sind wie die neue alte FDP – aber genauso arbeitnehmerfeindlich –, eine passende Alternative. Und dass bisher SVP Wählende vom Töff in den Seitenwagen wechseln möchten, darf bezweifelt werden. CLEMENS STUDER

18. September: Nationale Demo der Gewerkschaften

AHV: Hände weg von den Frauenrenten!



NICHT MIT UNS! Armut ist heute weiblich, gerade auch die Altersarmut. Denn auf die Lohndiskriminierung folgt nahtlos die Rentendiskriminierung. Doch damit soll jetzt Schluss sein! ILLUSTRATION: SGB

Die rechte Mehrheit im Parlament will Frauen faktisch die Renten kürzen. Denn nichts anderes bedeutet Erhöhung des Rentenalters. Jetzt haben die Gewerkschaften die Nase endgültig voll.

CLEMENS STUDER

Die AHV braucht vorübergehend mehr Geld, weil die geburtenstarken Jahrgänge ins Rentenalter kommen. Das nehmen die AHV-Feinde im Bundeshaus zum Anlass, einmal mehr eine «Sanierung» vorzuschlagen, die vor allem ein Abbau des zuverlässigsten Alterswerkes ist. Die Eckwerte der von rechts bis ganz rechts getriebenen «Revision»: das Frauenrentenalter erhöhen und selbst die ungenügenden Kompensationen im Bundesratsvorschlag weiter zusammenstreichen plus Frührentierung

gen einschränken. Alles auf dem Buckel der Frauen. Denn die Erhöhung des Frauenrentenalters ist nichts anderes als eine Rentensenkung. Dabei wäre das Gegenteil nötig. Die Frauen erhalten bereits heute rund ein Drittel weniger Rente als die Männer – auch weil sie während ihres Erwerbslebens benachteiligt sind. Im Schnitt verdienen Frauen für vergleichbare Arbeit rund 20 Prozent weniger. Frauen erhalten nicht nur

Frauen erhalten schon heute 37 Prozent weniger Rente als Männer, trotzdem wollen die Rechten die Frauenrenten senken.

weniger Lohn, sie leisten auch viel mehr unbezahlte Arbeit – bei der Kinderbetreuung, bei der Pflege von Angehörigen, im Haushalt.

RENTEN-LÜCKE

Armut ist heute weiblich, gerade auch die Altersarmut. Denn auf die Lohndiskriminierung folgt nahtlos die Rentendiskriminierung. In Zahlen:

- Frauen erhalten 37 Prozent weniger Rente als Männer. Vor allem wegen der Pensionskassen. Denn diese sind für tiefe Einkommen und Teilzeitarbeitende noch vorteilhafter als für alle anderen Lohnabhängigen.

- Die Pensionskassenrenten sind bei Frauen 63 Prozent tiefer als bei Männern. Die AHV-Renten sind bei Frauen und Männern praktisch gleich hoch.

- 38 Prozent der Rentnerinnen leben nur von der AHV, haben also keine zweite Säule. Bei den Männern sind es dagegen «nur» 19 Prozent. Und 23 Prozent der erwerbstätigen Frauen sind nur in der AHV versichert. Darum ist die AHV für Frauen besonders wichtig.

RENTEN-KLAUER

Die Gewerkschaften und die fortschrittlichen Parteien leisten energischen Widerstand gegen die Abbaupläne der rechten Rentenklauerinnen und -klauer. Doch die rechte Mehrheit im Parlament will nicht hören. Die Ständeratsmehrheit baute den vom Bundesrat geplanten Abbau sogar noch aus: trotz 314 187 Unterschriften für den Appell «Hände weg von den Frauenrenten». Die Unterschriften kamen innert kürzester Zeit zusammen und vor der ständerätlichen Debatte. Das stösst auch den Gewerkschaften sauer auf. Jetzt rufen sie für den 18. September zur grossen AHV-Demo auf. Denn zwischen den Abbaumehrheiten in den beiden Räten gibt es noch Differenzen. Deshalb kommt das Geschäft in der Herbstsession noch einmal in den Nationalrat.

RENTEN-REFERENDUM

Sollten die Räte eine Rentenaltererhöhung für Frauen durchstieren, ist das Referendum beschlossene Sache. Und die Chancen vor dem Volk für ein Nein zum Rentenklau sind mehr als gut. Im vergangenen Vierteljahrhundert hol-

ten sich die Rechten noch bei jedem Angriff auf die AHV ein blaues Auge. Wenn sie es jetzt wieder versuchen wollen, wird sie mit allergrösster Wahrscheinlichkeit das Volk zurückpfeifen.

RENTEN-AUSBAU

Denn statt eines Abbaus bei der AHV wäre seit vielen Jahren ein Ausbau angezeigt. Ihr jetzt schon Jahrzehnte andauernder Zustand verletzt nämlich die Verfassung: Diese hält fest, dass wir den bisherigen Lebensstandard im Alter aus den drei Säulen der Altersvorsorge halten können müssen. Davon sind Hunderttausende in diesem Land weit entfernt. Weil die Pensionskassen taumeln. Für immer höhere Beiträge gibt es immer weniger Rente. Die private Vorsorge in der dritten Säule lohnt sich nur für sehr gut Verdienende wirklich. Und bei der AHV verhindern die Rechten seit Jahren eine Angleichung an die Lohnentwicklung, geschweige denn eine halbwegs anständige Erhöhung. Darum haben die Gewerkschaften die Initiative für einen AHV-Dreizehnten lanciert und unterdessen eingereicht.

NZZ am Sonntag erklärt Diskriminierung der Frauen beim Lohn für beendet...

... und stützt sich auf Daten, die nicht öffentlich sind

Nur fünf Prozent der Firmen würden die Frauen beim Lohn diskriminieren, behauptet die NZZ am Sonntag vollmundig. «Haha!» sagen wir.

PATRICIA D'INCAU

Wer jüngst die NZZ am Sonntag durchblättert, dürfte nicht schlecht gestaunt haben. Es gebe «kaum Lohndiskriminierung von Frauen», hiess es da. Und: «Nur gerade 5 Prozent der Unternehmen bezahlen den Frauen unfaire Löhne.»

Dies, obwohl die neusten Zahlen des Bundes erst gerade wieder gezeigt haben: Nicht nur der gesamte Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern ist zuletzt wieder gestiegen (von 18,3 auf 19 Prozent). Sondern auch der Anteil daran, der nicht durch Faktoren wie Ausbil-

dung und Erfahrung erklärbar ist, sondern alleine durch Diskriminierung. Aktuell beträgt dieser satte 45,4 Prozent.

GEHEIME DATEN

Die NZZ am Sonntag hingegen verweist auf eine Auswertung des «Competence Centre for Diversity & Inclusion» (CCDI) der Universität St. Gallen. Dieses Kompetenzzentrum bietet Unternehmen an, ihre Löhne auf Diskriminierung zu überprüfen. Seit dem Inkrafttreten des revidierten Gleichstellungsgesetzes ist das für alle grösseren Firmen Pflicht. Stichproben hätten dabei ergeben, dass «lediglich 3 Prozent der Firmen» gegen die geltenden Vorgaben verstossen.

work möchte mehr wissen – und stösst auf ein unerwartetes Hin-

dernis: Auf Anfrage teilt das Kompetenzzentrum mit, dass die Daten nicht zugänglich seien. Denn: «Es handelt sich um vertrauliche Kundendaten, und wir können leider keine Auswertungen davon weiter-schicken.»

Bekannt ist nur, dass die Löhne von rund 120 000 Beschäftigten analysiert wurden. Ähnlich viele, wie die ebenfalls in der NZZ am Sonntag zitierte Firma Comp-on in den letzten Jahren auf Lohngleichheit geprüft hat. Zusammengezählt entspricht das nur knapp 5 Prozent aller rund 5,1 Millionen Erwerbstätigen in der Schweiz.

NICHT REPRÄSENTATIV

Für Regula Bühlmann, Gleichstellungsbeauftragte beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB), ist



GLEICHE ARBEIT, GLEICHER LOHN:
Kampagne der Frauenzentrale Zürich. FOTO: FRAUENZENTRALE ZÜRICH

deshalb klar: «Diese Zahlen dürften kaum repräsentativ sein.» Einerseits würden sie vermutlich in erster Linie von Firmen stammen, die bereits für Lohngleichheit sensibilisiert sind.

Während der Grossteil der Lohnanalyseresultate aktuell noch aussteht. Die Firmen haben nämlich bis zum Jahr 2023 Zeit, die Ergebnisse zu kommunizieren.

Andererseits würden die Lohnanalysen kein gesamtwirtschaftliches Bild liefern. Denn: Unter die Lohnanalysepflicht fallen lediglich Unternehmen mit mehr als 100 Angestellten. Das betrifft in der Schweiz rund 5000 Firmen und damit nur rund die Hälfte aller Erwerbstätigen. Die andere Hälfte fliegt komplett unter dem Radar. Lohndiskriminierung bleibt möglich.

Für die Gewerkschaften ist deshalb klar: Um den Lohnschiss definitiv zu beseitigen, braucht es flächendeckende Kontrollen und Sanktionen. Und: ohne Lohngleichheit keine Rentenaltererhöhung.



GUETSLI FÜR DIE GANZE WELT: Stefanie Strahm vor der Kambly-Fabrik in Trubschachen.

Unterschätzte Industrie Das andere Emmental

Von wegen ländlich und abgeschottet: Das Emmental ist eine bedeutende Industrieregion im Kanton Bern. Seine Firmen sind international vernetzt.

JOHANNES SUPE

Im Emmental bleibt man unter sich? Nicht, wenn es um die Wirtschaft geht. Auslagerungen nach Vietnam, Verflechtungen

Wenig offen zeigen sich die Unternehmen gegenüber der Gewerkschaft.

mit internationalen Konzernen, die Einbindung migrantischer Arbeitskräfte und natürlich der weltweite Warenexport – auch das ist Emmental. Das industrielle Emmental. Das Emmental der zweiten Reihe. Erstklassig im Geschäftstreiben, aber gern bereit, anderen – konservativen – Gruppen das Sagen im Ort zu überlassen. Nur manchmal treibt es einen von ihnen nach aussen und dort nach oben. Johann «Hannes» Schneider-Ammann, FDP-Bundesrat, war so einer. Einer aus Hasle bei Burgdorf – ein Emmentaler, auch wenn die Ammann-Gruppe im Oberaargauischen Langenthal ihren Hauptsitz hat.

INTERNATIONALE KONZERNE Verfolgt man die Geschichte der Emmentaler Industrie zurück – und die meisten der Betriebe laden dazu ein, verweisen auf ihre Websites stolz auf ihre Geschichte –, führt die Zeitreise meist zum Beginn des 20. Jahrhunderts. Das Eisenbahnetz hatte zu dem Zeitpunkt bereits weite Teile der Schweiz erfasst, die Emme stellte zudem die Versorgung mit günstigem Strom sicher. Maschinen- und Werkzeugfabriken entstanden – und belieferten rasch auch den deutschen Markt.

Eine grosse Expansion setzt nach dem Zweiten Weltkrieg ein. 1970 kann etwa die PB Baumann GmbH – mittlerweile PB Swiss Tools – vermelden, ihre Werkzeuge in alle fünf Kontinente zu verkaufen. Zur gleichen Zeit weiten auch andere Firmen ihr Geschäft aus, bauen neue Standorte. Abermals an Fahrt

nimmt der Ausbau in den 1990er und 2000er Jahren auf. Emmentaler Firmen eröffnen Standorte im Ausland, Konzerne von ausserhalb beteiligen sich an Emmentaler Firmen. Und natürlich: Namen werden geändert. So wird aus der Seilereij Jakob, die nun auch in Vietnam produziert, das Unternehmen Jakob Rope Systems. Im Volksmund setzen sich die Neuerungen nicht durch – Seilereij bleibt Seilereij.

TIEFE LÖHNE

Wenig offen zeigen sich die Unternehmen allerdings gegenüber der Gewerkschaft. Unia-Industriemanager Ivan Kolak sagt: «Es ist für uns schwer, in der Region Fuss zu fassen. Viele Unternehmen treten bewusst nicht dem Gesamtarbeitsvertrag der Metall-, Elektro- und Maschinenbranche bei. Und die Belegschaften verhalten sich oft sehr loyal gegenüber den Chefs.» Zimperlich sind die Unternehmer zudem nicht, wie work seit Jahren dokumentiert (siehe Mopac, Emmi Langnau etc.). Kolaks Vermutung: Die hiesige Arbeiterschaft zu organisieren könnte gelingen, wenn die Gewerkschaften stärker im Privatbereich, also im Dorfleben, präsent wären. Doch es gibt nur wenige aktive Gewerkschaftsgruppen im Emmental. Zudem fokussieren sich

Im Emmental bleibt man unter sich? Nicht, wenn es um die Wirtschaft geht.

die Gewerkschaften oft auf die grösseren Orte wie Burgdorf, wo sie leichter stärker sind. Manchmal bindet die Industrie allerdings jene ein, die es ansonsten schwierig im Emmental hätten: Migrantinnen und Migranten. So zum Beispiel der bekannte Guetsli-Produzent Kambly, der seinen Sitz ebenfalls in Trubschachen hat. In den 1980er Jahren bot er vielen Tamilen Arbeit, beschäftigte sie zum Teil bis heute. Es steckte aber nicht nur Wohltätigkeit dahinter, so Gewerkschafter Kolak: «Die Löhne, die gezahlt wurden, waren teilweise sehr tief.»

Emmental BE: Zum ersten Mal in der Geschichte präsidiert eine Frau den Gewerkschaftsbund «Auch hier müssen wir etwas bewegen»

Erstmals tritt eine Frau an die Spitze des Gewerkschaftsbunds Emmental. Ausgerechnet im Emmental! Sie heisst Stefanie Strahm, ist 33jährig und hat Grosses vor.

JOHANNES SUPE | FOTOS MATTHIAS LUGGEN

«Deheime drückt der Näbu grau, im Ämmitau ischs klar und blau, deheime blübe wär nid schlau, du seisch es richtig und genau mir fahre chli i ds Ämmitau»

PEDRO LENZ*

Auch im Emmental hält der Fortschritt Einzug, manchmal gar ganz wörtlich. Wer etwa durch die Nachbarschaft der Mooseggstrasse in Langnau spaziert – ruhig ist es hier, gediegen, nur einige Kinder sind auf der Strasse –, dem fällt ein altes Herrenhaus auf. Und dessen grosszügiger Garten. Doch längst besitzt es nicht mehr einer der «Käsebarone» von Langnau, dem einst die Käserei Tiger gehörte und der ein gewichtiges Wort mitzureden hatte im Ort. Stattdessen öffnet Stefanie Strahm die Tür. Im leuchtend roten Kleid. Ihr Lächeln wirkt ansteckend. Und es ist ja auch lustig: Was einst der Bourgeoisie von Langnau gehörte, wird nun von der obersten Gewerkschafterin des Emmentals belebt.

Geht es nach der 33jährigen Strahm, dürfte es noch einige Änderungen geben. So viel wird klar beim Spaziergespräch durch Langnau. Es ist ein sonniger Freitagnachmittag. Auf dem zentralen Hirschenplatz, wo Reisebüro (für Einheimische, die weg wollen) und Hotel (für Fremde, die her möchten) eng an eng beieinanderliegen, plantschen einige Teenager im schmalen Dorfbrunnen. In die Idylle hinein sagt Strahm: «Mein Ziel ist es, dass die Gewerkschaften hier wieder präsenter werden.» Was Strahm meint, wird beim Blick auf eine kleine Infotafel der Stadt deutlich. Da wird auf allerlei Vergangenes, darunter die Feier zum 1. August, und einiges Anstehendes hingewiesen. Ein 1. Mai aber ist nicht aufgeführt.

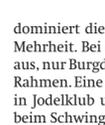
Rund 100 000 Menschen wohnen im Emmental. Nur ein Bruchteil von ihnen, insgesamt 3100 Personen, ist Mitglied einer Gewerkschaft. Grössere Städte fehlen hier, in Langnau wohnen gut 9000 Menschen, Burgdorf schafft es beinahe auf 17 000. Viel schmäler geht es selbstverständlich auch: Da wäre etwa Trub, nah bei Langnau, mit etwas über 1300 Menschen. Oder Rumendingen mit 79 Einwohnerinnen und Einwohnern. Für die Gewerkschaften ist es ein hartes Pflaster – auch weil hier nur selten Arbeit gegen Kapital kämpft, dafür aber umso öfter Bauer gegen Umweltschützerin.

BAUERNSCHRECK NATURSCHUTZ

Szenenwechsel. Einmal im Wald, dauert es nicht einmal zwanzig Minuten, bis Verena Zürcher (54) das erste Eierschwämmli findet. Die Lehrerin und Verlegerin, frühere Journalistin und allgemein ein Tausendfassa, kennt den Langnau umgebenden Wald (einige Buchen, viele Rot- und Weisstannen) bestens. Beim Pilzeln fällt ihr die Ruhestelle eines Rehs auf. Weil sie aber zugleich darauf achtet, dass Forst und Reh erhalten bleiben, hat sie es nicht immer leicht. Als «grüne Kuh» wurde sie bereits beschimpft. Bei der Bauernschaft eckt sie bisweilen an, etwa wenn die Landwirte wieder Waldwege betonieren wollen und sie dagegen argumentiert.

Dabei ist die Primarschullehrerin gar keine Politikerin. «Dafür wäre ich nicht diplomatisch genug. Nur immer ruhig und gemässigt im Ton, selbst wenn es um wichtige Sachen geht, das wäre nicht meins», sagt sie. Ohnehin mag sich die weltoffene Zürcher nicht gern in Schubladen stecken lassen, schätzt sie vielmehr ihre Freiheit und Individualität. Es sind nicht unbedingt die Haupteigenschaften des übrigen Emmentals, in dem Heimatverbundenheit und Vereinsleben die örtliche Kultur prägen.

Verena Zürcher.



39 Gemeinden zählt das Emmental. In den meisten von ihnen dominiert die SVP die Gemeinderäte mit komfortabler Mehrheit. Bei nationalen Wahlen sieht das Bild ähnlich aus, nur Burgdorf und Langnau fallen ein wenig aus dem Rahmen. Eine der Stärken der «Volkspartei»: ihre Präsenz in Jodelklub und Bauernverband, am Stammtisch und beim Schwingen. Sie gehört einfach dazu.

IN DEN VEREINEN NICHT VERTRETEN

«Gewerkschafter», sagt Strahm, «kommen in den Vereinen kaum vor. Da existieren wir einfach nicht.» Sie selbst jodelt nicht, Stammtische sind ihr eher fremd.



GEWERKSCHAFTS-CHEFIN STEFANIE STRAHM: «Mein Ziel ist es, dass die Gewerkschaften hier wieder präsenter werden.»

Theater und Schauspiel sind ihre Passion. Allerdings: Das Brauchtum interessiert sie schon, und so besitzt Strahm auch eine Tracht. Wie schwierig es sein kann, nicht «dazuzugehören», musste sie selbst erleben. Seit Jahren engagiert sie sich für die SP. Was noch schwerer wiegt: Sie tut es als junge Frau. Sogar in der eigenen Partei musste sie darum kämpfen, erst genommen zu werden. Umso lauter der Paukenschlag am 18. Juni, als die Delegierten des Gewerkschaftsbundes Emmental sie zur Präsidentin wählten.

Möglich machte das – ein Mann. Strahm erinnert sich: «Ernst Rutschli, der bisher Präsident war, kennt mich schon lange über die SP. Zwei Jahre lag er mir damit in den Ohren, dass ich übernehmen sollte, weil er sich zurückziehen wollte. Und natürlich hat er mir versprochen, dass das alles gar nicht so viel Arbeit sei.» Vermutlich eine Notlüge von Unia-Mitglied Rutschli, der lange Präsident war.

Gewerkschaftlich kommt Strahm aus dem Schweizer Syndikat Medienschaffender (SSM), einem eher kleinen Verband, der im Emmental kaum aktionsfähig ist. Ehrlich, wie sie ist, gesteht Stefanie Strahm auch offen ein: «Ich habe bisher noch keinen Betrieb organisiert. Mein gewerkschaftliches Engagement muss ich neben meiner regulären Lohnarbeit leisten.» Was für die engagierte Frau spricht: Sie kennt die Gegend und die Leute, kann auf ein Netzwerk von Aktivistinnen und Aktivisten zurückgreifen. Und: Sie gehört zu den Jungen in der Gewerkschaft. Nicht unwichtig für eine Region, in der die Arbeiterverbände um aktive Mitglieder kämpfen müssen.

WEG UND WIEDER ZURÜCK

Ein Drittel der Stellen im Emmental (gerechnet auf Vollzeitäquivalente) findet sich im industriellen Sektor. Landwirtschaftliche Maschinen, Werkzeuge, Seilanlagen – sie alle werden im Emmental produziert. Nüchtern betrachtet, ist die Region stärker eine industrielle denn eine landwirtschaftliche (siehe Text links). Kulturell und politisch aber gibt der Bauer den Ton an. Was im Emmental zudem rar ist: Arbeitsmöglichkeiten im akademischen Bereich. Auch das ist ein Grund, weshalb fast 40 Prozent derer, die im Emmental wohnen, auswärts arbeiten.

Für die alleinerziehende Verena Zürcher gab letztlich ihr Kleinkind den Ausschlag, ins Emmental zurück-



zukehren. Die wunderbare Umgebung von Wald, Wiese und so manchem Hügel hatte sie ohnehin vermisst. Während der ausgiebigen Wanderung im Grünen sagt sie: «Ich bin tausendmal lieber mit meinem Vater ins Freie gegangen, als mit meiner Mutter zu lümen.» Dennoch hatte sie lange Jahre in Bern, auch in Zürich verbracht. Wohin sie die Arbeit als Journalistin, unter anderem für «Blick» und «Berne Zeitung», eben verschlug. Nun lebt die Tochter einer Bauernfamilie etwas abseits des Orts. Wohnt zur Miete auf einem Hof mit Sohn, Ziegen, Eseln, Kaninchen, Katzen, Hündin Luna und Hühnern. Letztere sind auch die Nutzniesserinnen der Pilzjagd: Die zwei gefundenen Eierschwämmli – das Sammelglück hatte nicht gehalten – werden verfüttert.

Den Weg – raus aus dem Emmental und wieder zurück – haben Verena Zürcher und Stefanie Strahm gemeinsam. Strahm trieb es zunächst nach Bern. Nach einer KV-Lehre mülte sie sich ab, schaffte es auf dem zweiten Bildungsweg an die Universität, als Erste der Familie.

Nüchtern betrachtet, ist die Region stärker eine industrielle denn eine landwirtschaftliche.

ENDLICH VORWÄRTSMACHEN

Nur zum kleinen Teil können sich die Fortschrittlichen des Emmentals auf die Arbeiterschaft stützen. Ja, der Bademester Langnau politisiert für die SP. Doch hauptsächlich ist hier eine zahlenmässig kleine akademische Schicht Hauptträgerin linker Politik. Lehrerinnen, Journalistinnen, Kreative. Oft kennen sie einander, bisweilen entfällt mangels Alternative die Trennung zwischen Partei und Gewerkschaft. Für die nicht parteigebundenen Beschäftigten wirkt das manchmal abschreckend.

Und Stefanie Strahm fügt noch hinzu: «Hier herrscht die Mentalität vor, dass man für sich selbst, die Familie, allenfalls noch die Nachbarschaft schaut. Unterstützung von anderen lehnt man eher ab – und das gilt auch

für die Gewerkschaft.» Trotzdem ist es der neuen Gewerkschaftspräsidentin nicht bange. Im Gegenteil: Sie will Kontakt zu den grösseren Industriebetrieben und schlecht zahlenden Reinigungsfirmen aufnehmen. «Auch im Emmental müssen wir etwas bewegen», so Strahm.

FAMILIE UND BERUF VEREINBAREN

Erfolgreich war sie schon einmal. 2019, beim Frauenstreik, zusammen mit ihrer Mutter. Gemeinsam riefen sie zur Demonstration in Langnau auf. Stefanie Strahm erinnert sich: «Gerechnet haben wir mit 30 Personen. Das wäre für Langnau schon ein Erfolg gewesen. Aber dann kamen 300 Menschen.» Mit dabei: ihre Grossmutter.

Überhaupt die Familie! Für die 33jährige spielt sie eine grosse Rolle. Im besonderen Mutter Renate, die für die SP in der Langnauer Exekutive sitzt. Sie hatte schon ihren Vater bearbeitet, für das Frauenstimmrecht zu stimmen. Auf die eigene Tochter hat Renate Strahm einen ähnlichen Einfluss ausgeübt. Nicht durchsetzen konnte sich hingegen der Vater, der politisch der SVP nahesteht – und in Diskussionen regelmässig dem Gespann aus Mutter und Tochter ausgeliefert war. Heute wohnen beide Frauen im selben Haus.

Auf Frauenpower wird die Gewerkschafterin wohl auch zurückgreifen müssen, wenn es um ihr grösstes Anliegen geht: endlich eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie schaffen. Etwa mehr Betreuungsplätze für Kinder und geringere Kosten für Familien mit schmalen Budget. Wie weit der Weg auch hier noch ist, zeigt ein Blick in die Langnauer Politik. Die Beschluss zuletzt, für das Ausstellen von Kinderbetreuungsgutscheinen eine jährliche Gebühr von 100 Franken zu verlangen. «Absolut unmöglich, dieser Entscheid», empört sich Strahm. Sie bleibt dran.

«Es isch eso, im Ämmitau ghörsch derzue oder du ghörsch nid derzue, aui chöi nid derzueghöre, no wes si gärn wette.»

PEDRO LENZ*

* Pedro Lenz ist einer der bekanntesten Schweizer Mundartautoren und ist im Oberaargau aufgewachsen. Die Zitate stammen aus seinem Buch «Hert am Sound» (Edition Spoken Script).



VON OBEN: Dunkle Wälder, grüne Matten, dazwischen etwas Industrie (Blick auf Langnau).



HIER TANZT DER HIRSCH: Hotel Hirschen in Langnau.



PILZLERINNEN-GLÜCK: Eierschwämmli im Langnauer Wald.



«CHRACHE»-IDYLLE: Emmentaler Postkartenansicht.

Abgestürztes Rahmenabkommen Showdown im «Savoy»

Die Profis kamen perfekt vorbereitet aus Brüssel angereist. EU-Kommissar Johannes Hahn wollte mit seiner Delegation am 23. November 2018 das Heu ins Trockene bringen und die Verhandlungen über das institutionelle Rahmenabkommen mit der Schweiz abschliessen.

Von Bern angereist kam Bundesrat Ignazio Cassis mit seiner Entourage. Er hatte weniger Zeitdruck. Und er hätte die «roten Linien»



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

verteidigen sollen, die der Bundesrat ihm als Verhandlungsauftrag mitgegeben hatte, zum Beispiel: Kein Nachgeben beim Schweizer Lohnschutz!

Treffpunkt war das Hotel Savoy am Zürcher Paradeplatz. Über den Showdown wissen wir jetzt dank einer Recherche der NZZ am Sonntag (27.6.2021) Bescheid.

BUBENTRICKLI. Gleich zu Beginn gab Kommissar Hahn den Takt vor: Heute müsse man sich einigen, sonst würde die EU die Verhandlungen abbrechen. Und man müsse schnell arbeiten, sein Flugzeug fliege bereits am Nachmittag zurück. Schritt für Schritt diskutierten

Verhandelten Gewerkschafter so stümperhaft wie Cassis, würden sie abgesetzt.

Hahn und Cassis sodann über die Differenzen im Vertragsentwurf. Während der Mittagspause redigierten die Brüsseler Profis eine Endfassung, die sie den verdutzten Schweizern dann auf den Tisch legten. Ihr Bubentrickli haute hin, Cassis knickte ein. Er sei nicht sicher, ob der Bundesrat dem Text zustimmen werde, aber er lege ihn der Regierung vor. Ende der Verhandlung. Und Handschlag. Hahn nahm den frühen Heimflug und informierte Europa, dass eine Vereinbarung mit der Schweiz abgeschlossen worden sei.

DIE FUNDIS. So stümperhaft wie ein Praktikant hatte Cassis also verhandelt. Gewerkschafts-Verhandlerinnen und -Verhandler, die sich von den Patrons so über den Tisch ziehen liessen, würden abgesetzt. Umso mehr, als der Hang zum Powerplay von Hahn berühmt ist. Er gehört in der EU zum harten Kern jener Fundis, für welche die Binnenmarktfreiheiten das Höchste sind. Diese wollten den Schweizer Lohnschutz schon lange schleifen. Eine Unia-Recherche* hat bereits vor Jahren das Netzwerk dieser Hardliner in Deutschland und Österreich aufgezeigt. Gewisse Schweizer Euroturbos hatten diese Recherche als «Verschwörungstheorie» abgetan. Die NZZ-Recherche über die Vorgänge im Hotel Savoy zeigen nun: von wegen!

* Der Angriff der süddeutschen Arbeitgeber auf den Schweizer Lohnschutz, 2019.

UNIA online



Pflegebotschafterinnen und -botschafter gesucht

Gute Pflege in Alters- und Pflegeheimen braucht genügend Personal, das den Beruf langfristig ausüben kann. Dazu braucht es gute Arbeitsbedingungen. Werde Botschafterin für die Pflegeinitiative und überzeuge deine Kolleginnen, JA zu stimmen:

www.unia.ch/pflegeinitiative



DURCH DIE BLUME:
2013 streikten
in Schaffhausen
80 Gärtnerinnen und
Gärtner für mehr Lohn
und einen GAV. FOTO: UNIA

Romandie: Erstmals flächendeckende GAV in der grünen Branche Durchbruch im Gartenbau!

Die Westschweizer Gärtnermeister und Gewerkschaften haben erreicht, was der Deutschschweiz noch immer fehlt: flächen- deckende Gesamt- arbeitsverträge im Gartenbau.

JONAS KOMPOSCH

Das gab's noch nie: Ab dem 1. September wird der Garten- und Landschaftsbau der gesamten Westschweiz von Gesamtarbeitsverträgen (GAV) abgedeckt sein – und zwar von allgemeinverbindlichen. Denn die Gewerkschaften Unia und Syna sowie der Berufsverband Grüne Berufe Schweiz haben mit dem Gärtnermeisterverband Jardin Suisse einen taufischen GAV ausgehandelt. Er gilt für die Kantone Freiburg, Jura, Neuenburg sowie für den Berner Jura und die Gemeinden Biel und Leubringen-Maglingen. Am 9. August erklärte der Bundesrat das Vertragswerk für allgemeinverbindlich. Schon Jahre zuvor war dies mit den Gärtner-GAV der Kantone Genf, Waadt, beider Basel sowie des Unterwallis geschehen.

ENDLICH MINDESTLÖHNE

Folglich müssen erstmals sämtliche in der westlichen Schweiz tätigen Gartenbauunternehmen Mindestlöhne und andere Standards einhalten. Poliere der neuen Vertragsregionen etwa verdienen künftig mindestens 5200 Franken im Monat, qualifizierte Mitarbeitende mit Berufserfahrung mindestens 4725. Und ab 2023 muss endlich auch der tiefste Lohn (für Ungelernte mit weniger als 3 Jahren Berufserfahrung) minimal 4000 Franken betragen. Für Nico Lutz

Der GAV war auch von den Meistern gewollt – um Billigkonkurrenz aus Frankreich fernzuhalten.

von der Unia-Geschäftsleitung sind diese Löhne zwar noch nicht befriedigend. Dennoch ist er erfreut: «Dieser GAV ist ein Meilenstein im Kampf gegen Lohndumping. Denn die vielen Vertragslücken in der Romandie sind jetzt komplett geschlossen.»

Sogar «grossartig» findet diesen Fortschritt der Landschaftsgärtner und Unia-Sekretär Tom Hauser. Er weist auf eine Reihe Neuerungen, die der Vertrag garantiert: etwa die bezahlte Znünpause, die 17 Franken Mittagsspesen, die Beiträge für Weiterbildungen oder die fünf Tage Bildungsurlaub pro Jahr. Und auch die seit langem geforderte Frührentierung mit 62 rückt näher. Denn die Parteien haben sich verpflichtet, während der

Vertragsdauer eine Lösung zu finden. Grossartig sei aber vor allem eines, sagt Hauser: «Mit Freiburg und Biel ist die Unia erstmals auch in Richtung Deutschschweiz mit einem Gärtner-GAV durchgedrungen.»

AUFHOLBEDARF

Tatsächlich haben sich die Deutschschweizer Sektionen des Gärtnermeisterverbands bisher geweigert, mit der Unia zu verhandeln. Stattdessen baten sie jeweils einzig den ihnen genehmen Verband Grüne Berufe Schweiz zu Tisch. Mit dem Resultat, dass ihr nationaler «GAV für die Grüne Branche» für die Arbeitnehmerseite lange alles andere als üppig ausfiel. Inzwischen aber sei dieser GAV in vielen Punkten deutlich verbessert worden, anerkennt Unia-Mann Lutz. Dies nicht zuletzt deshalb, weil engagierte Gärtnerinnen und Gärtner mit der Unia beharrlich Druck gemacht hatten (siehe Spalte rechts). Dennoch bleibe das Hauptproblem bestehen. Lutz sagt: «Weil die Unia ausgeschlossen wird, kann der Bundesrat den Vertrag nicht für allgemeinverbindlich erklären.» Das bedeutet: Nur Mitgliedsfirmen von Jardin Suisse müssen den Vertrag einhalten; mindestens 30 Prozent der Gärtnerinnen und Gärtner bleiben ohne jeden GAV-Schutz. Ausserdem fehle dem nationalen Vertrag ein griffiges Kontrollorgan, sagt Lutz. Tiefelöhne und Lohndumping seien im Gartenbau deshalb noch immer verbreitet – zumal der nationale GAV auch für ausländische Firmen nicht gelte.

NATIONALER GAV

Anders der neue GAV aus der Westschweiz. Er war auch von den Arbeitgebern gewollt – um Billigkonkurrenz aus Frankreich fernzuhalten. Das bestätigt Jardin-Suisse-Geschäftsführer Carlo Vercelli. Nun liegen bekanntlich auch Deutschschweizer Kantone an der Landesgrenze. Auch sie bekommen den Preisdruck ausländischer Firmen zu spüren.

Und nicht nur das, weiss der Zürcher Gartenbauer und aktive Gewerkschafter Simon Steinemann: «In den letzten Jahren schossen Liegenschaftsunterhaltsbuden wie Pilze aus dem Boden. Diese sogenannten Facility Manager drücken die Preise der grünen Branche massiv.» Ein allgemeinverbindlicher GAV würde auch dieses Problem mildern, sagt Steinemann. Und er ist überzeugt: «Was die Romandie kann, muss auch bei uns möglich sein!» Zumindest bei Grüne Berufe Schweiz rennt er damit offene Türen ein. Präsidentin Barbara Jörg fände nämlich einen nationalen allgemeinverbindlichen GAV am besten, wie sie zu work sagt. Und: «Wir sind grundsätzlich bereit, mit der Unia zusammenzuarbeiten. In der Westschweiz hat das gut funktioniert.»

Proteste im Gartenbau: Fast 20 Jahre grün schillernde Aktionen für einen GAV



AKTION IN BERN, 2018: «Kein troianisches Pferd mit dem nächsten GAV!» FOTO: UNIA

2002 Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU: Lohnkontrollen entfallen. **Im Gartenbau sinken die Medianlöhne bis 2004** (Einführung der flankierenden Massnahmen zum Lohnschutz) um fast 26 Prozent. Nicht aber in Branchen mit allgemeinverbindlichen GAV. Im Bau etwa steigen die Löhne um 5 Prozent.

2006 Wegen Kosten für Vollzugskontrollen wollen Chefs keinen GAV mehr.

2011 In einer Studie zeigt der Kanton Bern, dass dort 10 Prozent der Gartenbauangestellten **Hungerlöhne** verdienen: 12 Mal 2373 Franken brutto.

2012 «Schöne Traumgärten und miese Arbeitsbedingungen? So nicht!» Unia-Aktion an der Gartemesse Giardina in Zürich.

2013 In Schaffhausen treten **80 Gärtnerinnen und Gärtner verschiedener Firmen in einen Stägigen Streik**. Sie erzielten Lohnerhöhungen von bis zu 900 Franken. In der Folge steigen auch schweizweit die Löhne. Und in Schaffhausen unterzeichnet Jardin



FOTO: UNIA

Suisse einen GAV – allerdings ohne Unia. Die Unia-Forderung von 5 Ferienwochen (6 für über 50jährige) wird aber erstmals erfüllt.

2016 «Platz für einen GAV!» Gärtnerinnen und Gärtner verlegen Rasen auf dem Berner Bahnhofplatz.

2017 «Für Frührentierung und 5 Wochen Ferien!» Gärtnerinnen und Gärtner besetzen Sihlbrücke in Zürich.



FOTO: UNIA

2018 «Meister verdienen sich Goldfinger!» **James-Bond-Double besucht Gartenbauer** am Zurich Filmfestival.



FOTO: UNIA

2020 Das Bundesgericht pfeift die Schaffhauser Regierung zurück. Sie hat den kantonalen GAV für allgemeinverbindlich erklärt, obwohl die Unia von den Vertragsverhandlungen ausgeschlossen worden war.

Neue Studie stellt Gewerkschaften ein gutes Zeugnis aus Die Schweiz kann GAV!



KÄMPFERISCH: Im Oktober und November 2018 gingen wie hier in Lausanne Tausende Bauarbeiter auf die Strasse. Das Resultat: ein erneuerter Landesmantelvertrag, mehr Lohn und eine sichere Rente mit 60. FOTO: UNIA

Unter Druck, aber zäh: Gewerkschaften zählen weltweit weiterhin zu den grossen und mächtigen Organisationen. Das zeigt die neue Forschung.

RALPH HUG

Was läuft bei den Gewerkschaften? Das fragte sich der deutsche Arbeitsmarktforscher Claus Schnabel. Dazu sichtet er zahlreiche Studien und Daten zum Thema.* Nicht nur in Europa, son-

In Norwegen und Belgien legten die Gewerkschaften zu.

dern weltweit. Herausgekommen sind interessante Befunde. Denn auch die Gewerkschaften müssen sich den grossen Umbrüchen der Zeit stellen: Globalisierung, Digitalisierung, rascher Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft. Das verursacht viel Druck.

Seit 1980 büsst den Gewerkschaften in 16 von 25 untersuchten Ländern ein. In Deutschland verloren sie 37 Prozent ihrer Mitglieder, in Österreich 30, in Italien 14 und in der Schweiz 20.

Mit 46 Prozent mussten die britischen Gewerkschaften einen der grössten Verluste hinnehmen. Gegen sie führte die neoliberale Regierung Thatcher in den 1980er Jahren einen regelrechten Krieg. Handkehrum gibt es aber auch Länder wie Norwegen, Belgien oder Dänemark, in denen die Gewerkschaften zulegen konnten.

PROBLEM TEMPORÄRJOBES

Parallel dazu sank der gewerkschaftliche Organisationsgrad seit 1980 in 23 von 25 Ländern – in der Schweiz um 10 Prozent, in Schweden um 14, in Italien um 15 und in Deutschland um 18. Ausnahmen sind lediglich Spanien und Chile. Dort sind die Gewerkschaften heute besser verankert als vor vierzig Jahren.

Für den Rückgang wird hauptsächlich der Umbruch von der Industrie zur Dienstleistungsgesellschaft verantwortlich gemacht. Die Ausbreitung von neuen Beschäftigungsformen wie Temporärjobs oder Arbeit auf Abruf stellt die Gewerkschaften vor Probleme. Erfahrungsgemäss sind Leute in solchen Jobs schwerer zu rekrutieren als Vollzeitarbeitende in Stammbelegschaften. Autor Claus Schnabel übt aber Kritik: Der Einfluss dieses Umbruchs werde wohl überschätzt, meint er mit Blick auf Gewerkschaften, die den Wandel recht

gut meistern. Für Schnabel sind die Folgen der Globalisierung wichtiger, zum Beispiel die massenhafte Auslagerung von Jobs in Billiglohn-Länder.

Schnabel untersuchte auch die Praxis von Lohnverhandlungen sowie die Abdeckung der Beschäftigten mit Gesamtarbeitsverträgen (GAV). Hier gibt es grosse Unterschiede. Einige Länder wie Griechenland, Grossbritannien oder Irland stehen heute bezüglich GAV viel schlechter da als vor vierzig Jahren. So auch Deutschland, wo die Tarifverträge just in der Ära von SPD-Kanzler Gerhard Schröder stark zurückgingen. In anderen Staaten hielt sich das GAV-System jedoch gut, so in Luxemburg, Belgien oder Österreich. Einige konnten den Abdeckungsgrad mit Kollektivverträgen sogar steigern, etwa Portugal oder Schweden, aber auch Frankreich, das beim Zuwachs sogar Spitzenreiter ist. Die Schweiz ist diesbezüglich stabil unterwegs. Als einziges Land in der Gruppe mit ähnlichen Verhältnissen verzeichnet es praktisch keine Einbussen (siehe Text unten).

Dabei werden Kollektivverträge ganz unterschiedlich verhandelt: vorwiegend auf lokaler oder betrieblicher Ebene, dann aber auch für ganze Wirtschaftssektoren oder teils sogar überwie-

gend national wie in Schweden oder Dänemark. In der Schweiz dominieren GAV für ganze Wirtschaftszweige (Bau, MEM-Industrie, Gastgewerbe usw.). Autor Schnabel zeigt, dass sich Kollektivverträge besser halten, je zentraler sie ausgehandelt werden. Oder umgekehrt: Je mehr nur lokal oder auf Betriebsebene verhandelt wird, desto schlechter fällt der Abdeckungsgrad für die Beschäftigten aus.

NACHWUCHS FEHLT

Was folgt daraus? Schnabel stellt klar, dass Gewerkschaften entgegen bürgerlichen Schwanengesängen weiterhin zu den grossen und auch mächtigen Organisationen zählen. «Sie haben erstaunliche Widerstandskraft und Anpassungsfähigkeit bewiesen», so der Autor anerkennend. Als aktuelles Hauptproblem nennt er die Rekrutierung von Personen, die nicht in festen Jobs arbeiten. Weiter müssten die Gewerkschaften vermehrt Junge gewinnen. Daten zeigen nämlich, dass der Hauptstamm der Mitglieder in den Vierzigern und Fünfzigern ist, während Junge und Ältere unterrepräsentiert sind.

*Claus Schnabel, Union Membership and Collective Bargaining: **Trends and Determinants**. Institute of Labor Economics, Bonn 2020, iza.org.

GAV-System: Seco lobt Gewerkschaften

Fast die Hälfte der Beschäftigten in der Schweiz sind durch Gesamtarbeitsverträge (GAV) geschützt. Und das seit vielen Jahren. Dies schätzt das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) für das Jahr 2018. Genau lässt es sich nicht sagen, da es davon abhängt, welche Mitarbeitenden man als «unterstellbar» definiert. Die OECD kommt wegen einer leicht anderen Schätzmethode auf 45 Prozent. Diese Abdeckung ist stabil, was international auffällt. Denn in vielen anderen Ländern ist die

Abdeckung teils stark zurückgegangen. Die Schweiz büsste jedoch nur 3,1 Prozentpunkte ein.

STEIGERUNG. Gemäss OECD sind wir das einzige Land, das den Abdeckungsgrad seit den nuller Jahren sogar noch steigern konnte. 2003 waren erst ein Viertel der Beschäftigten einem GAV unterstellt. Dies ist auch dem Mechanismus der Allgemeinverbindlicherklärung zu verdanken. Es ist aber vor allem ein gutes Zeugnis für die Ge-

werkschaften. Denn darin widerspiegelt sich der erfolgreiche Kampf für die flankierenden

Die Schweiz ist das einzige Land, das den GAV-Abdeckungsgrad steigern konnte.

Massnahmen zur Personenfreizügigkeit.

Das Seco, sonst eher als Hort der Marktgläubigen bekannt, titelt denn auch in einem Beitrag in der hauseigenen

Zeitschrift «Die Volkswirtschaft»: «Gesamtarbeitsverträge trotz dem Strukturwandel.» Heute gibt es in der Schweiz 581 Gesamtarbeitsverträge. Ihnen sind rund zwei Millionen Beschäftigte unterstellt. Das sind zwar weniger Verträge als in den 1990er Jahren, jedoch mit mehr Arbeitnehmenden, die den Schutz der Arbeitsbedingungen und Löhne geniessen. Die Unia stellt als grösste Gewerkschaft den Löwenanteil: Sie unterhält 265 GAV mit insgesamt 1,4 Millionen Beschäftigten. (rh)



la suisse existe
Jean Ziegler

DER KAPITALISMUS TÖTET

Vier Fünftel aller verfügbaren Vakzine gegen das Coronavirus wurden bisher in nur zehn Ländern verabreicht.

Während der letzten Juliwoche starben in Indonesien täglich mindestens 1723 Menschen an

Das Wesen des Kapitalismus offenbart sich in der Pandemie in selten deutlicher Weise.

Covid. Im westafrikanischen Guinea-Bissau stehen für 100 Personen 1,2 Impfdosen zur Verfügung. Ähnlich verzweifelt ist die

Situation in Bangladesh, in der Demokratischen Republik Kongo, in Südafrika und in Vietnam.

DRITTE IMPFUNG FÜR REICHE? 5. August 2021: Anlässlich einer Investorenkonferenz in New York forderte ein Sprecher des Pharmagiganten Moderna angesichts der rasanten Ausbreitung der Delta-Variante des Virus sogleich eine Booster-Impfung. Das heisst: Die in den letzten sechs Monaten doppelt Geimpften sollten eine dritte Impfung erhalten. Zwei Tage später verlangte das auch das Unternehmen Pfizer.

Pfizer/Biontech, Moderna und die anderen Impfstoffhersteller haben dank der Pandemie astronomische Profite eingefahren. Beispiel: Die Moderna-Aktie figurierte im Januar dieses Jahres an der New Yorker Börse mit knapp 111 Dollar. Sechs Monate später wurde die Aktie für über 400 Dollar gehandelt. In diesem Jahr rechnet Moderna mit einem Profit von 19 Milliarden Dollar. Pfizer, der andere Besitzer des mRNA-Patents, erwartet gar einen Profit von 33 Milliarden Dollar. Christoph Berger, der Chef der schweizerischen Impfstoffkommission, sagt: «Wir müssen die Bevölkerung nicht darum zusätzlich impfen, weil zwei Hersteller von Vakzinen das per Communiqué verlangen.» Virginie Masserey, Chefin der Infektionskontrolle beim Bundesamt für Gesundheit, wird noch deutlicher: «Wir verabreichen keine dritte Impfdosis ohne wissenschaftliche Grundlage.» Und Tedros Ghebreyesus, der Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation, erklärte zu den Ansagen von Moderna und Pfizer: «Reiche Länder schützen ihre Bewohnerinnen und Bewohner, arme und ärmste Länder, in denen drei Viertel der Erdbevölkerung leben, gehen leer aus. Das ist inakzeptabel.»

PROFITWUT. Das Wesen des Kapitalismus – als Produktionssystem und als Gesellschaftsordnung – offenbart sich in der Pandemie in selten deutlicher Weise. Einerseits ist da die unerhörte Kreativität, das wissenschaftliche und technologische Können des kapitalistischen Produktionsmodus. In 18 Monaten schuf dieses System viele Millionen von lebensrettenden Vakzinen. Andererseits aber ist die kapitalistische Gesellschaftsordnung unfähig, das Gemeininteresse gegen die individuelle Profitwut durchzusetzen. Gelingt es nicht, die Menschen in den Entwicklungsländern zu impfen – indem Millionen von Impfdosen gratis abgegeben werden –, dürften sich in der ungeschützten Bevölkerung immer neue, immer gefährlichere Virusvarianten entwickeln. Diese wiederum werden die Seuche verstärken... und dann auch die geimpfte Bevölkerung der reichen Länder mit neuer Wucht bedrohen.

Der Kapitalismus tötet. Wollen wir alle überleben, müssen wir sein Grundprinzip – die Profitmaximierung in kürzester Zeit und zu jedem Preis – schleunigst ausser Kraft setzen.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Im letzten Jahr erschien im Verlag C. Bertelsmann (München) sein neuestes Buch: **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten.**

Die SP lanciert Appell

BERN. Wegen der dramatischen Situation in Afghanistan hat die Sozialdemokratische Partei einen Appell zur Aufnahme von Geflüchteten gestartet. Er ist an Justizministerin Karin Keller-Sutter und den Gesamtbundesrat gerichtet. Im Aufruf heisst es: «Verleiht allen Afghaninnen und Afghanen in der Schweiz unverzüglich den Schutzstatus, rettet ihre Familien aus dem Kriegsgebiet, nehmt zusätzlich 10 000 gefährdete Menschen auf – insbesondere Frauen und Mädchen – und verstärkt die humanitäre Hilfe in den Nachbarnländern!» Nach dem Abzug der Nato-Besatzungstruppen übernahmen erneut die Taliban die Kontrolle über Afghanistan. Appell unterschreiben: afghanistan-appell.ch

Domino's Pizza verkauft Filialen

GLATTBRUGG ZH. Die US-Kette Domino's Pizza hat ihre Schweizer Betriebe verkauft. Für die 20 Läden erreichte das Unternehmen einen Preis von lediglich 300 000 Franken. Die Kette wolle sich im internationalen Geschäft auf Grossbritannien und Irland fokussieren. Den Käufer nannte das Unternehmen nicht. Jahrelang fuhr Domino's hierzulande Verluste ein. Letztes Jahr unterstützte



SCHNÄPPCHEN: Domino's Pizza verscherbelt Restaurants. FOTO: KEY

die Unia mehrere Domino's-Mitarbeitende, die sich wegen fehlender Corona-Schutzmassnahmen wehrten (work berichtete).

Lokführer-Streik in Deutschland

BERLIN (DE). Landesweite Bahnstreiks haben den nationalen und internationalen Zugverkehr in Deutschland zwischen dem 11. und 13. August lahmgelegt. Weitere Ausstände stehen bevor, wie die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) ankündigte. Hintergrund der Arbeitsniederlegung ist, dass die Deutsche Bahn von den Mitarbeitenden Lohn-einbussen verlangt, während sie jüngst die Saläre mehrerer Führungskräfte erhöht hat.

Mehr Lohn für Kupfer-Mineure

ANTOFAGASTA (CHILE). Die Ankündigung eines Streiks hat bereits genügt: Die Bergarbeiter der weltgrössten Kupfermine haben dem britisch-australischen Konzern BHP Billiton höhere Löhne abgerungen. In der Kupfermine Escondida im Norden Chiles sind rund 2100 Mineure tätig. Sie drohten mit Streik, um ihren Lohnforderungen Nachdruck zu verleihen. Kurz vor Beginn der Arbeitsniederlegung lenkte der Konzern ein. 2017 war das Bergwerk 44 Tage bestreikt worden, was BHP Billiton Verluste von rund 740 Millionen US-Dollar bescherte.

Am 26. September stimmen wir über die 99-Prozent-Initiative ab Mehr Geld für (fast) alle



GOPF! Heute besitzt das reichste Prozent mehr als 43 Prozent der Gesamtvermögen. Deshalb will die 99-Prozent-Initiative Dividenden und Zinseinnahmen anderthalb Mal so stark besteuern wie Löhne. Die Juso und ihre damalige Präsidentin Tamara Funicicello (Mitte) haben die Initiative 2017 lanciert. FOTO: KEYSTONE

Die 99%-Initiative fordert eine höhere Besteuerung von hohen Kapitaleinkommen. Schliesslich müssen wir Lohnabhängige auch jeden Franken voll versteuern.

CLEMENS STUDER

Die Lage ist ebenso klar wie beunruhigend: Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer zahlreicher. Und die mit Einkommen dazwischen rutschen ökonomisch immer weiter ab. Die Mieten und die Krankenkassenprämien steigen. Viele Löhne stagnieren. Steuerentlastungen gab es in den vergangenen Jahren faktisch nur für die Reichen und die Grossunternehmer. So werden zum Beispiel Dividenden von Grossaktionärinnen und -aktionären nur mit 60 Prozent besteuert, während Lohnabhängige jeden steuerbaren Franken zu 100 Prozent versteuern müssen. Eine Folge unter anderen: Selbst im ersten Coronajahr wurden die 300 reichsten Bewohnerinnen und Bewohner der Schweiz noch reicher: zusammen besaßen sie 707 Milliarden Franken. 2010 waren es noch «nur» 470 Milliarden, 2015 waren es schon 595 Milliarden. Andersrum: Heute besitzt das reichste Prozent mehr als 43 Prozent der Gesamtvermögen.

DAS WILL DIE INITIATIVE

Die 99-Prozent-Initiative wurde von den Juso lanciert und wird von den Gewerkschaften unterstützt. Sie will Dividenden und Zinseinnahmen anderthalb Mal so stark besteuern wie Löhne oder andere Arbeitseinkommen. Und zwar ab einem vom Parlament festzulegenden Schwellenwert. Die Initiantinnen und Initianten schlagen einen Freibetrag von 100 000 Franken für Alleinstehende vor. Der Mehrertrag aus der höheren Besteuerung von Kapitaleinkommen soll zur Senkung der Steuern für kleine und mittlere Einkommen verwendet werden. Oder zum Beispiel für Prämienverbilligungen und zahlbare Kita-Plätze.

WER IST DAGEGEN?

Das Grosskapital und ihre Wasserträger im Parlament. Parlamentarierinnen und Parlamentarier von SVP bis GLP haben sich zu gleich 5 Gegenkomitees gruppiert. Die Gegenkampagne ist massiv. Wer das alles finanziert, ist undurchsichtig – wie

immer bei den Reichen. Doch das eine Prozent Superreiche wird sich nicht lumpen lassen. Wie immer in die rechte Propagandawalze eingespant sind der Gewerbeverband und die Bauern, deren ideologiegetriebene Funktionäre auch bei der 99-Prozent-Initiative nicht die Interessen der Mehrheit ihrer Mitglieder vertreten. Gerade für Gewerbetreibende und KMU wäre ein Ja zur Initiative ein Gewinn. Denn wenn Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen dank niedriger Steuern und Prämienverbilligungen mehr frei verfügbares Einkommen haben, stärkt das die Kaufkraft. Davon profitiert in erster Linie das Gewerbe. Bereits heute gibt laut Erhebung des Bundesamtes für Statistik der einkommensschwächste Fünftel der Haushalte von jedem zusätzlichen Franken verfügbaren Einkommens 88 Rappen für den Konsum aus. Bei den reichsten Haushalten sind es nur 42 Rappen.

Und: Sollten – wie von den Gegnerinnen und Gegnern behauptet – tatsächlich viele Bauern ein Kapitaleinkommen von über 100 000 Franken erzielen, wäre das ein weiterer Grund, den von Steuerzahlern und Konsumentinnen finanzierten warmen Geldregen für die Schweizer Bauersame endlich auszumisten (siehe auch Seite 9).

KAPITAL GEGEN LOHN

Die 99-Prozent-Initiative thematisiert, was auch vielen Lohnabhängigen nicht genug bewusst ist: Geld arbeitet nicht. Nie. Für niemanden. Mehrwert entsteht nur durch menschliche Arbeit. Durch die Hände und Hirne der 99 Prozent. Dividenden etwa können also nur ausbezahlt werden, wenn die Kapitalbesitzenden den Arbeitenden zu wenig Lohn für deren Leistung bezahlen. Verkürzt auf den Punkt gebracht: Dividenden sind vorenthaltene Löhne.

Dividenden sind vorenthaltene Löhne.

Eine besondere Meisterschaft darin hat übrigens der Blocher-Clan entwickelt. Die Ems-Chemie, die grossmehrheitlich Blochers gehört, bezahlt an ihre Eigentümerinnen und Eigner mehr Dividenden, als alle Mitarbeitenden zusammen an Löhnen verdienen. Konkret: 468 Millionen Franken kassierten die Aktionärinnen und Aktionäre, die dafür keinen Finger krummmachen mussten. Allein SVP-Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher kassierte zusammen mit ihren beiden Schwestern 331,8 Millionen Franken. Jene, die den Gewinn erarbeitet haben, wurden mit 213 Millionen Franken abgeseipt.

Stempelsteuer: Bschiss jetzt stoppen

In den letzten drei Jahrzehnten durften sich die Superreichen, die Finanzindustrie und die Bestverdienenden einer wahren Steuersenkungsorgie erfreuen. Dies hat die Einkommensschere weiter aufgehen lassen.



In konkreten Zahlen aus dem SGB-Verteilungsbericht für ein Paar mit 2 Kindern pro Monat:

- Die untersten 10 Prozent der Einkommen bezahlen im Vergleich zum Jahr 2000 satte 260 Franken Steuern und Abgaben **mehr**.
- Haushalte mit mittlerem Einkommen bezahlen 280 Franken **mehr**.
- Die obersten 10 Prozent bezahlen 240 Franken **mehr**.
- Das oberste Prozent bezahlt 30 Franken **weniger**.
- Das oberste Promille sogar 610 Franken **weniger**.

Und jetzt soll diese unsoziale Politik noch weitergetrieben werden: mit der Abschaffung der sogenannten Stempelsteuer.

WAS IST DIE STEMPELSTEUER? Stempelabgaben sind Steuern auf die Ausgabe und den Handel mit Wertschriften. Der Bund kennt drei Arten von Stempelabgaben: die Emissionsabgabe, die Umsatzabgabe (auf Wertpapieren) und die Abgabe auf Versicherungsprämien. Zusammen tragen sie pro Jahr 2,2 Milliarden Franken an den Bundeshaushalt bei. Jetzt will die Finanzindustrie die Emissionsabgabe auf Eigenkapital von juristischen Gesellschaften abschaffen. Das würde die Allgemeinheit pro Jahr 250 Millionen Franken kosten. Die anderen sollen folgen.

WER DÜRFTE KASSIEREN? Einmal mehr die Finanzindustrie, die Superreichen und die Bestverdienenden. Die KMU haben davon nichts: es gilt nämlich eine Freigrenze bei Neugründungen und Kapitalerhöhungen von einer Million Franken.

WER MÜSSTE BEZAHLEN? Alle anderen. Entweder mit höheren Steuern für untere und mittlere Einkommen, mit höheren Abgaben oder durch weiter abgebaute Leistungen beim Service public. Deshalb hat die SP dagegen das Referendum ergriffen. Die Gewerkschaften unterstützen es. (cs)

JETZT ONLINE UNTERSCHREIBEN!

unter: stempelsteuer-bschiss.ch



SVP reisst einen Stadt-Land-Graben-Streit vom Zaun

Die Geldsäcke wollen wieder den Landsturm aufbieten

Die Schweizer Bauern beziehungsweise «das Land» sind seit über einem Jahrhundert verlässliche Verbündete des Kapitals gegen die Lohnabhängigen. Jetzt lanciert die SVP eine neue Anti-Städte-Kampagne. Nichts Neues unter dem Sünneli. Oder doch?

CLEMENS STUDER

Samstag, 24. November 1917, Restaurant Bierhübeli, Bern: Bauernfunktionär Rudolf Minger (Hemd, Krawatte, Tschopen) redet sich vor den Abgeordneten des bernischen Verbands landwirtschaftlicher Genossenschaften in Rage. Die damals herrschenden Freisinnigen bezeichnet er als «Geldsäcke» und die SP-Führer als «rote Bonzen».

Sonntag, 1. August 2021, vor irgendeinem Fenster: Auftritt Marco Chiesa (Bauernhemli), das ist aktuell der Präsident der SVP, bis vor kurzem Heimleiter, jetzt Treuhänder. Er redet sich nicht in Rage, sondern scheint aufzusagen, was und wie ihm aufgetragen. Mit Kuppelwörtern, die Deutschlernende üblicherweise auch im fortgeschrittenen Stadium des Studiums noch verzweifeln lassen: «Luxus-Linke», «Bevormunder-Grüne», «Schmarotzer-Politik».

Der eine Auftritt ist historisch. Der andere notorisch. Und doch haben

sie mehr Gemeinsamkeiten, als es auf den ersten Blick scheint.

BLICK ZURÜCK NACH VORN I

Was trieb Rudolf («Rüedu») Minger, der später Bundesrat werden sollte, damals die Zornesröte ins Gesicht? Einerseits die Freisinnigen, die in den vorhergehenden Wahlen die Bauernvertreter nicht in ausreichendem Mass unterstützt hatten. Und zweitens die Arbeiterinnen, die sich gegen die Kriegsgewinnerei der Bauern wehrten. In zahlreichen Städten kam es zu den sogenannten Kartoffel-Unruhen (rebrand.ly/kartoffel-unruhen). Denn die Bauern nutzten die Lebensmittelknappheit während des Ersten Weltkrieges schamlos aus und erhöhten die Preise für Grundnahrungsmittel so unverfroren, dass in vielen Biezer-Haushalten Hunger herrschte. 1916 begannen sich Proletarierinnen zu wehren. Sie stürmten die Märkte und forderten die Bäuerinnen auf, die Preise zu senken. Durchaus auch mal handgreiflich. Und wenn alles nichts half, verkauften sie die Lebensmittel gleich selbst. Vor allem aber erreichten sie, dass die (freisinnig dominierten) Behörden ein Auge auf die Preise hielten und die übelsten Exzesse eindämmten.

GEKAUFT UND EINGEBUNDEN I

Doch die Doppelwut von Politiker, Bauer und Offizier Minger halbiert sich rasch. Er schlägt den freisinnigen «Geldsäcken» einen Deal vor: ihr schaut zu unseren Einkommen – und wir helfen euch dafür gegen die Arbeiterbewegung. Folgerichtig drischt Minger zwei Monate nach seinem Bierhübeli-Auftritt bei der offiziellen Gründung der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB), deren erster Nationalrat er werden sollte, nur noch auf

«die Roten» ein. Bauern gegen Biezer. Land gegen Stadt. Genau gleich wie 104 Jahre später SVP-Präsident Marco Chiesa.

Minger tut es verbal. Handfester zeigt sich die neue politische Verandelung einige Monate später beim Landesstreik. Hier schossen Bauern-Soldaten unter dem Kommando von deutschfrönlischen Offizieren auf Arbeiter. Und gründeten Bürgerweh-

Die Blochersche Kampfmaschine braucht neue Sündenböcke: Neuerdings sind es die Städterinnen und Städter.

ren gegen die Streikenden. Das war dem Kapital einiges wert: Die Todeschützen von Grenchen erhalten für ihre Schüsse in den Rücken von Arbeitern «Ehrensold». Und die Bauernschaft eine bis heute andauernde Rundumversorgung (Subventionen usw.) und den Status einer heiligen Kuh. Zudem bekommt die BGB (heute SVP) 1929 ihren ersten Bundesrat, eben Ruedi Minger. Das war lange vor der wesentlich wählerstärkeren SP.

DER UMBAU

Die Überhöhung der Bauersame erreicht im Zweiten Weltkrieg und in der Nachkriegszeit neue Höhepunkte. Die BGB ist stabiler Teil des Bürgerblocks und kümmert sich vor allem um die Sicherung der Bauernpfünde. Ansonsten stimmt sie brav mit FDP und CVP. Der Wähleranteil dümpelt bei rund 11 Prozent. 1971 versucht die BGB die Öffnung, die Demokratischen Parteien Graubünden und Glarus treten bei, der Name wird in Schweizerische Volkspartei (SVP) geändert. Das

Parteiprogramm breiter. Der Einfluss der eher sozial-liberal ausgerichteten Bündner und Glarner zeigt sich. Sehr zum Ärger der Zürcher Kantonalpartei, in der 1977 ein gewisser Christoph Blocher die Macht übernimmt, die Berner «Parteikollegen» vor sich her treibt – und die nationale Partei schliesslich via Statthalter wie etwa dem heutigen Bundesrat Ueli Maurer übernimmt.

Die Blocheristen gründen zwischen 1991 und 2001 zwölf neue Kantonalparteien. Die nationale Parteiorganisation wird massiv ausgebaut. Die kleinen Rechtsausenparteien werden geschluckt. Blocher zahlt und befiehlt. Er erteilt «Aufträge». Der Apparat führt aus. Die Wahl- und Abstimmungskampagnen werden jetzt national ausgerollt. Geld spielte keine Rolle. Ebenso wenig wie die Bäuerinnen und Bauern. Sie dienen als Staffage für die Dichtung von der «echten Schweiz». Dies, während die reale Schweiz ihr Geld schon längst als Industrieland verdient und mit einem Bankensektor, der weltweit bei Potentaten, Diktatoren und Steuerbetrügnern als sicherer Hafen geschätzt wird.

GEKAUFT UND EINGEBUNDEN II

Unter Blocher entwickelt sich die SVP zur neoliberalen Partei der Grossfinanz und der Globalisierungsgewinner. Und verkauft sich doch als Vertreterin des «kleinen Mannes» (etwas weniger der «kleinen Frau»). Und die Blocher-Partei setzt auf Sündenbockpolitik: die «Ausländer», die «Sozial-schmarotzer», die «Heimatmüden», die «Linken und Netten», die «Emanzen» und so weiter. Zieht der eine Sündenbock nicht mehr so gut, kommt der nächste dran. Gleichzeitig unterstützt die SVP jeden Sozialabbau – aus-

Transferzahlungen: Wer zahlt wirklich?

Schweizerinnen und Schweizer bezahlen Rekordpreise für Lebensmittel. Zugleich fliessen Milliarden in die Landwirtschaft. Und in die ländliche Infrastruktur. Viele SVP-Hochburgen gäbe es ohne Transferzahlungen schon gar nicht mehr. Trotzdem versuchen SVPler jetzt, die Erzählung zu drehen. Das Land finanziere die Städte, behauptet die Blocher-Partei. Die detaillierten Zahlen und Fakten lesen Sie im nächsten work.

ser bei den Bauern. Über die Bauersame hält sie ihre schützende Hand. So werden Milliarden von den Steuerzahlenden und Konsumierenden in die Landwirtschaft umgeleitet.

BLICK ZURÜCK NACH VORN II

In den vergangenen Jahren haben sich die bisherigen SVP-Sündenböcke ein bisschen abgeschliffen. Doch die Blochersche Kampfmaschine braucht immer neue Schuldige, sonst kommt sie ins Stottern. Darum sucht die SVP jetzt den Schulterchluss mit den «Impfskeptikern». Und schießt sich auf die Städterinnen und Städter ein. Denn die sind traumatisch für die Rechtsnationalisten: fortschrittlich und multikulturell. Und vor allem: die SVP bringt dort kaum mehr ein Bein auf den Boden. Trotz allen Bemühungen. Das erklärt Chiesas 1.-August-Rede gegen die Städte. Übrigens: Zuständig für die Anti-Stadt-Kampagne der SVP ist der Zürcher Nationalrat Thomas Matter, Millionenerbe und Banker. Das Kapital will wieder einmal den Landsturm aufbieten.

Weltklimarat schlägt Alarm: Sofortmassnahmen gegen Treibhausgase!

Der Countdown läuft (schneller)



Es ist der radikalste Klimawandel seit Jahrmillionen. Und er schreitet schneller voran als angenommen. Das zeigt der neue Weltklimabericht. Doch der Zug ist noch nicht ganz abgefahren.

JONAS KOMPOSCH

Was für ein Juli war das denn?! Erst Dauerregen, dann Rekordniederschläge, schliesslich Felsstürze über Bahngleise, Erdbeben über die Gottardroute, Überschwemmungen und verheerende Sturm- und Hagelschäden. Zur gleichen Zeit im südlichen Mittelmeerraum: Beginn einer erbarungslosen und teils bis heute anhaltenden Hitzewelle. Schon nach einer Woche mit Temperaturen um 40 Grad Celsius loderten allein in Griechenland über fünfzig Waldbrände. Auf der Insel Euböa hatte das Inferno im

Die Schweiz erwarten Dürren, heftigere Niederschläge, deutlich mehr Hitze.

Nu eine Fläche in der Grösse des Kantons Obwalden zerstört. Weitere Brände wüteten bereits in Albanien, Italien und besonders der Türkei. Dort hatten die Flammen schon acht Menschen getötet und über 800 verletzt. So die Zwischenbilanz vom 9. August, jenem Tag, an dem der Weltklimarat (IPCC) in Genf an die Öffentlichkeit trat – mit der ersten Tranche seines neusten «Sachstandsberichts».

NETTO NULL EIN MUSS

Das fast 4000 Seiten starke Dokument fasst den aktuellsten wissenschaftlichen Kenntnisstand über den menschlichen Einfluss auf das Erdsystem zusammen. Hierzu haben seit dem letz-

ten Bericht von 2013 mehr als 230 Forschende rund 14000 Studien und neu erschlossene Klimaarchive ausgewertet. Das Resultat ist ein noch nie dagewesener Überblick über die klimatischen Veränderungen in der Erdgeschichte. Und ein präziser Ausblick auf die zu erwartenden Zukunftsszenarien. Wegweisend sind beide – und in höchstem Masse alarmierend!

So ging die Wissenschaft bis anhin davon aus, der Temperaturanstieg von 1,5 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter werde 2040 erreicht sein. Nun aber korrigiert der Weltklimarat: Schon in neun Jahren sei es so weit. Für die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens mit seinem 1,5-Grad-Ziel wird es demnach noch enger.

Die Forschenden warnen daher so deutlich wie noch nie: Wenn die Treibhausgasemissionen nicht «stark und anhaltend» reduziert würden, sei die Begrenzung der Erwärmung auf 1,5 Grad nicht realisierbar. Noch konkreter macht es der Zürcher ETH-Forscher Erich Fischer, der den Bericht mitverfasst hat: «Nur wenn der Kohlendioxidausstoss schon in den nächsten Jahren stark sinkt und bis Mitte Jahrhundert netto null erreicht, kann die globale Erwärmung mit mehr als 50 Prozent Wahrscheinlichkeit auf unter 1,6 Grad und höchstwahrscheinlich unter 2 Grad beschränkt werden.» Bloss: Laut IPCC-Bericht werden Starkniederschläge und Hitzewel-

len im beswertbaren bereits in nächster auftreten und Intensitäten von bisher ungekanntem Ausmass erreichen. Dies gelte gerade für die Schweiz. Schon jetzt sei hier die Temperatur etwa doppelt so stark angestiegen wie im globalen Mittel. Und laut Meteo Schweiz, das den Bericht ausgewertet hat, werden wir uns in jedem Fall wappnen müssen: Uns erwarteten nämlich Dürren, heftigere Niederschläge, eine deutlich steigende Hitzebelastung und ein weiterer Anstieg der Nullgradgrenze mit Folgen für Schneedecken und Permafrost. Letzteres etwa bedroht eine Reihe von Berggemeinden und Wintersportgebieten existentiell.

Der Weltklimarat weist auch darauf hin, dass viele der jüngsten Klimaeränderungen «seit Tausenden, wenn nicht Hunderttausenden von Jahren» nicht mehr vorgekommen seien. Und einige dieser Trends seien während mindestens Jahrhunderten nicht



FEUER & WASSER: Waldbrand in der Türkei und Aare-Hochwasser bei Biel. FOTOS: GETTY/KEystone

mehr umzukehren. So steige der Meeresspiegel in den nächsten 80 Jahren um mindestens 60 cm. Dies sei aber nur dann der Fall, wenn bis 2050 Klimaneutralität erreicht werde. Falls man hingegen weitermache wie bisher, sei sogar mit einem Anstieg von über einem Meter zu rechnen. Heisst: Landunter für ganze Küstenabschnitte, etwa jenen um Venedig, und jährliche Überschwemmungen in Städten wie Amsterdam, Hamburg oder London.

HOFFUNGSSCHIMMER

Abermals benennt der von allen 195 Mitgliedstaaten gutgeheissene Bericht auch die Hauptursache für den verheerenden Klimawandel: den Menschen. Präziser wäre: dessen Produktionsweise und Konsumverhalten unter kapitalistischen Vorzeichen. So sagt Gian-Kaspar Plattner von der Eidgenössischen Forschungsanstalt WSL und IPCC-Leitautor: «Der Bericht zeigt, dass 2019 die atmosphärische CO₂-Konzentration 47 Prozent höher war als zu Beginn der Industrialisierung.» Der Mensch ist es aber auch, der die totale Katastrophe noch verhindern kann. Auch das betont der Klimabericht. Dazu brauche es aber «sofort, schnell und in grossem Umfang» eine Reduktion der Treibhausgasemissionen. So lasse sich die Luftqualität «rasch» verbessern und die Temperaturen in 20 bis 30 Jahren stabilisieren. Immerhin.

Unia-Frau Peppina Beeli: «Sofort Milliarden-Investitionen!»



Peppina Beeli.

«Das Krasse ist ja, dass die aufgezeigten Entwicklungen seit Jahrzehnten bekannt sind – und ebenso, wie man die Katastrophe abwenden könnte. Dennoch hat es mich aufs neue schockiert zu lesen, wie bedrohlich die Lage ist, wie wenig Zeit uns für die Trendwende bleibt und wie glasklar die wissenschaftliche Beweisführung dafür ist.»

SOZIAL-AUSBAU: Nun muss sofort alles getan werden, um die Treibhausgasemissionen auf netto null zu senken. Dazu braucht es Milliarden an öffentlichen Investitionen: für die Dekarbonisierung des Verkehrs, die Gebäudesanierung, den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien sowie für Forschung und Entwicklung. Der private Sektor wird diese Herausforderung nicht stemmen, denn er ist auf Gewinne fixiert. Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter müssen dafür sorgen, dass bei diesem Umbau das Soziale nicht unter die Räder kommt. Die Klimawende braucht sogar einen Ausbau des Sozialen! Etwa in Form von staatlichen Jobgarantien für Menschen, die aufgrund der Transformation ihre Arbeit verlieren würden. Zudem müssen umweltverträgliche Technologien allen zugänglich werden. Auch eine Verkürzung der Arbeitszeit (bei vollem Lohnausgleich) trägt zur raschen Reduktion der CO₂-Emissionen bei.»

Peppina Beeli ist Co-Verantwortliche für Klimapolitik bei der Unia.

Klima-Klage: Etappensieg für die Klimaseniorinnen

Hitze ist für ältere Frauen besonders gefährlich. Davon sind die Klimaseniorinnen überzeugt. Der Verein von mittlerweile 1900 Rentnerinnen aus der ganzen Schweiz beschäftigt sich intensiv mit den Gefahren der Klimaerhitzung für die Gesundheit. Und mit dem, was der Bundesrat zum Schutz der Bevölkerung tut – oder eben nicht tut. Co-Vereinspräsidentin Anne Mahrer (73) sagt: «Unsere Regierung hat nicht ausreichend Massnahmen getroffen und bringt dadurch die Gesundheit der Bevölkerung in Gefahr, im speziellen die Ge-



GEGEN DEN BUNDESRAT: Kämpferische Klimaseniorinnen. FOTO: KEY

sundheit von uns älteren Frauen.» Dass Seniorinnen stärker betroffen seien als andere Gruppen, ist nicht nur ein Erfahrungswert. Schon 2011 wies die Weltgesundheitsorganisa-

tion (WHO) darauf hin, dass Frauen infolge von Hitzewellen öfter sterben als Männer. Und das Bundesamt für Gesundheit (BAG) hält fest: «Ältere Menschen sind die von Hitzewellen

am stärksten betroffene Bevölkerungsgruppe.» Bloss der Bundesrat scheint nicht gewillt, daraus die logischen Schlüsse zu ziehen.

BILLIGE BEHAUPTUNGEN. So stellten die Klimaseniorinnen schon 2016 ein Begehren an die Landesregierung: Sie solle die «Unterlassungen im Klimaschutz» beenden. Auf das Gesuch trat der Bund nicht einmal ein. Dagegen wehrten sich die Frauen beim Bundesverwaltungsgericht – und blitzten auch da ab. Ebenso beim Bundesgericht in Lau-

sanne. Also gelangten die Seniorinnen an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Strassburg. Ihr Argument: Der Bund verletze ihr Recht auf Leben und Gesundheit, das Recht auf ein faires Verfahren vor einem Gericht sowie das Recht auf eine wirksame Beschwerde vor einer innerstaatlichen Instanz. Im März dann die Überraschung: Strassburg nahm die Klage an, behandelte sie sogar prioritär und forderte Bern zu einer Stellungnahme auf. Nun sei diese eingetroffen, berichtete die

«Sonntagszeitung». Im noch unter Verschluss gehaltenen Schreiben lehne der Bundesrat das Anliegen der Klimaseniorinnen rundweg ab. Offenbar mit billigen Behauptungen: 1. Die Schweizer Klimapolitik sei genügend. 2. Frauen seien nicht speziell benachteiligt. 3. Keine Personengruppe sei in einer Art betroffen. Und 4. spiele es keine Rolle, ob die Schweiz handle oder nicht – die Betroffenheit durch den Klimawandel bleibe so oder so. work bleibt dran. (jok)

Frankreich: Tausende demonstrieren gegen Macrons Impfpolitik

Anti-Impf-Proteste sind Sozial-Proteste



«MACRONAVIRUS»: Präsident Emmanuel Macrons Politik hat jede Glaubwürdigkeit verloren. FOTO: REUTERS

Darum kämpfen in Frankreich auch Linke und Gewerkschaften gegen die Covid-Politik des autoritären Präsidenten.

OLIVER FAHRNI, MARSEILLE

In Bangkok, Thailand, demonstrierten Tausende für Demokratie und den Zugang zu Covid-Impfungen.

In Marseille, Paris und 200 weiteren französischen Städten manifestierten Tausende gegen den «Impfzwang» und Präsident Emmanuel Macron. Hauptslogan: «Freiheit». Sie meinen die Freiheit, sich nicht gegen Covid impfen zu lassen.

DELTA WÜTET FÜRCHTERLICH

Sobald die Sommerhitze kommt, erlischt gewöhnlich das politische Leben in Frankreich. Doch dieses Jahr ist kein normales Jahr. Pünktlich zu Mariä Himmelfahrt gingen wieder fast eine Viertelmillion zorniger Menschen auf die Strassen. Sie radikalisierten sich gerade. Sie greifen Apotheken an, fackeln improvisierte Impfstellen ab und schicken Politikerinnen und Politikern Todesdrohungen.

Es war schon das fünfte Wochenende gegen Macrons Corona-Politik. Die Polizei hält sich, anders als bei sozialen Protesten der Gewerkschaften oder der Gelbwesten, stark zurück.

Besonders heftig sind die Anti-Impf-Demos im Süden des Landes. Ausgerechnet! Dort schwappt gerade die vierte Welle der Epidemie hoch. Die neueste Covid-Variante Delta wütet fürchterlich. In manchen Spitälern müssen bereits wieder Operationen abgesetzt werden. Und die Corona-Opfer werden jünger. Bei den 20- bis 40-jährigen liegt die 7-Tage-Inzidenz (die Zahl der Infizierten pro 100.000) bei 1200.

Über alle Altersgruppen bei fast 700. (Zum Vergleich: In der Schweiz liegt diese bei nur 131,8). Ein deutscher Freund auf Besuch in Marseille erschrickt: «Bei solchen Ansteckungszahlen ginge in Hamburg keine Nase mehr aus dem Haus.»

Wir nehmen einen Augenschein an der Demo in Marseille. Kaum jemand trägt Maske. Hauptsächlich Menschen mittleren Alters, auffallend viele Frauen. «Meine Kolleginnen», kommentiert die Quartier-Krankenschwester, die sich gerade Zigaretten holt. Wenige, meist handgezeichnete Plakate, weder Transparente noch Musik oder Tanz, wie sonst üblich an Demos. Eine bizarre Mischung. Da sind die katholischen Fundis vom «blutenden Herzen Jesu» mit einem riesigen Kreuzifix, dahinter Monarchisten und Pfadfinder. Eine Handvoll Grüne. Dann eine Gruppe ganz in Weiss: Rechtsradikale, die sich «die weisse Rose» nennen. Zwei Naturheiler, barfuss und rettenden Rat anbietend. Eine junge Frau verteilt ein Flugblatt der «Kommunistischen Jugend». Sie streitet sich mit einer anderen Frau, die ein Plakat hochhält, auf dem nur steht: «Qui?», «Wer?». Diese Frage taucht derzeit im ganzen Land auf. Es ist ein antisemitischer Code der Neonazis. Er bedeutet: Wer hat schuld am Coronavirus? Unausgesprochene Antwort: die Juden. Inzwischen ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen die Urheber des «Qui?».

STRATEGIE DER VERWIRRUNG

Wenigstens können andere Semiten, die Araber in Marseille, kurz durchatmen: Bisher hat noch niemand versucht, Corona dem Islam in die Schuhe zu schieben. Könnte aber noch kommen. Denn hier ergiesst sich der ganze Müll, der gerade in den sozialen Medien blubbert, auf die Gasse. Die üblichen Argumente: Covid ist ein Fake. Niemand ist gestorben. Handkehrum: Corona sei ein Komplott, um die Armen

auszuroten. Usw. Und: Impfen ist gefährlicher als Sterben. Plus: Der Impfpass, den man nun brauche, um arbeiten zu können, Zug zu fahren oder in ein Restaurant zu gehen, diene nur dazu, die Bevölkerung in Opfer und Täter zu spalten.

Ein Bärtiger pöbelt uns an: «Warum tragt ihr Masken? Ihr seid doch geimpft? Gut, dann seid ihr sowieso bald tot!» Er gibt sich als Anhänger eines Doktors der Medizin zu erkennen, der auf Facebook mit der Prognose hauiert, bis im September seien die meisten Geimpften, Hunderttausende, an der Impfung gestorben.

Gespräche erweisen sich als schwierig. Die Gymnasiallehrerin (für Englisch) pariert jedes Argument mit dem schlichten Satz: «Das glaube ich nicht.» Ich sage: «In Nordfrankreich, wo

«Eine Impfung ist notwendig, doch sie muss im Rahmen einer sozialen Gesundheitspolitik geschehen.»

GEWERKSCHAFTSBUND CGT

die Mehrheit geimpft ist, gibt es sehr viel weniger Covid-Fälle als hier in Marseille mit nur 33 Prozent Impfquote.» Sie: «Das glaube ich nicht.» Nach der fünften Wiederholung ihres Mantras wird deutlich: Fakten spielen keine Rolle mehr. Macrons Corona-Politik hat jede Glaubwürdigkeit verloren, sogar bei Gymnasiallehrerinnen. Ein tiefer sozialer Bruch ist aufgegangen. Die Regierung schwindelt, manipuliert und wechselt wöchentlich, manchmal täglich ihren Kurs. Das Ganze in absolutistischem Befehlston.

Mit dem Impfpass haben die Macronisten eine implizite Impfpflicht verfügt, kümmern sich aber nicht um niederschwellige Impfangebote. In den Armenquartieren im Norden Marseilles sind weniger als 10 Prozent der Men-

schen geimpft. Die Impfquote variiert je nach Gegend enorm.

Die Philosophin und Spezialistin für Gesundheitssysteme Barbara Stiegler sieht das so: «Der Impfpass ist ein polizeiliches Instrument statt echter Massnahmen gegen die Epidemie.» Das führe in eine Sackgasse, «weil Macron hier eine Spaltung der Gesellschaft zwischen Geimpften und Impfgegnern konstruiert». Am Ende, befürchtet Stiegler, stärke dies wieder nur die extreme Rechte. Wie der Historiker und Gesellschaftskritiker Raoul Vaneigem notiert, ist dies eine «Strategie der Verwirrung», um ihre neoliberale Abbaupolitik durchzusetzen. Zum Beispiel im Gesundheitswesen.

Seit Beginn der Pandemie wurden in den hoffnungslos überforderten französischen Spitälern nochmals 2000 Betten und viele Stellen gestrichen. Eine Demonstrantin sagt «Soll ich jetzt 80 statt 60 Stunden arbeiten, weil das Spital die nichtgeimpften Kolleginnen feuern darf?» Auch das hat Macron angeordnet. Er hätte auch die Arbeitgeber in die Pflicht nehmen können, ihre Mitarbeitenden zu impfen. Doch patronfreundlich wie er ist, würde er das nie tun.

Die Demonstrantin selbst ist geimpft. Aber sie manifestiert gegen den «Zwang, der von dieser autoritären Anwendung des Impfpasses ausgeht.» Auch die Gewerkschaften unterstützen dieser Tage streikendes Gesundheitspersonal gegen die Covid-Politik von Macron. Zum Beispiel der Gewerkschaftsbund CGT mit den Unterschriften von Hunderten aus Politik und Gewerkschaften. Auf einem Flugblatt lesen wir: «Eine breite und massive Impfung ist notwendig, um die Pandemie zu bekämpfen. Doch sie muss im Rahmen einer neuen, sozialen und gerechten Gesundheitspolitik geschehen.» Und dann folgen ein Dutzend handfester Vorschläge. Etwa: Wir wollen am Arbeitsplatz während der Arbeitszeit geimpft werden!



Die Briefträgerin & der Regen

Es war einfach nur mühsam. Den ganzen Frühling und Vor-sommer hindurch nur einmal



Bärtschi-Post

Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

Regen. Dann eine kurze Aufhellung, und schon wieder wurde das Wetter grau und nass und kalt.

Der Tag hatte schön angefangen. Aber im Stollen ein Gemunkel, es könnte auch heute wieder abladen. Die Tour begann trocken. Doch dann wurde

Dann ging's los mit Hagel, Blitz und Donner. Es war einfach nur mühsam.

der Morgen dunkel und dunkler, finster sogar, und Knall auf Fall ging's los. Mit Hagel, Blitz und Donner. Es war einfach nur mühsam. Die Blachen über dem Anhänger und den DXP-Schalen waren nicht optimal dicht. Und bei der Ausrüstung des Fahrzeugs, das sie heute fuhr, fehlte die gelochte Fussmatte, die bei Regen als Sitzunterlage dient und verhindert, dass die Zustellerinnen und Zusteller im Nasen hocken.

Die Briefträgerin wartete unter einem Vordach, bis das Ärgste vorüber war. Vis-à-vis schaute ein kleines Kind durch ein Fenster zu ihr herüber und winkte. Die Briefträgerin winkte zurück.

WO WOHNTE ICH? Die nassen Haare und die nicht ganz undurchlässige Kleidung waren das kleinere Problem. Das grösere: Wie die Post schützen? Wie sie einigermaßen unversehrt und trocken in die Kästen bringen, gerade dort, wo die Kastenanlagen im Freien stehen? Als der Regen schwächer geworden war, setzte die Briefträgerin ihre Tour fort.

Ein Betrunkener ohne jeden Regenschutz wankte ihr entgegen, torkelte vorüber, besann sich nach etwa zehn Schritten und rief etwas Unverständliches in ihre Richtung. Sie ging zurück und auf ihn zu. In gebrochenem Deutsch lallte er einen Satz, der anscheinend ausdrücken sollte, dass er den Weg zu seiner Wohnung nicht mehr finde. Die Briefträgerin erkundigte sich geduldig nach seiner Adresse. Er überlegte eine Weile und stiess dann etwas hervor, das wohl ein Strassenname sein sollte. Allerdings hatte die Briefträgerin nie von einer solchen Strasse gehört. Das sagte sie dem Mann, worauf er schimpfend davonzog. Es goss wieder in Strömen.

Edelmarke plante im Tessin Entlassungen auf die schäbige Tour Streiken bei Burberry



WEGEN STREIK GESCHLOSSEN: Erst dann waren die Burberry-Chefs bereit, mit den Gewerkschaften zu verhandeln. FOTO: UNIA

Die Chefs der Luxus-Kleidermarke Burberry gaben den Verkäuferinnen und Verkäufern im Tessin eine knappe Stunde, um zu kündigen. Doch diese wehrten sich. Mit einem Streik. Und mit Erfolg.

CHRISTIAN EGG

Fast die Hälfte ihrer Arbeitsplätze im Tessin wollte die britische Luxus-Kleidermarke Burberry vernichten: 15 von 35 Stellen sollten verschwinden. Burberry betreibt zwei Läden im Kanton, beide im Shoppingcenter Foxtown in Mendrisio. Doch dieses musste in der Coronakrise Verluste hinnehmen: Die zahlungskräftigen Touristinnen und Touristen kamen weniger zahlreich als sonst.

«Es werden deutlich weniger Stellen abgebaut, und es gibt einen Sozialplan.»

GIANGIORGIO GARGANTINI, UNIA

ARROGANT UND RESPEKTLOS

Die Verkäuferinnen und Verkäufer reagierten rasch und erteilten der Unia sowie der christlichen Gewerkschaft OCST ein Mandat für Verhandlungen. Doch Burberry wollte nicht mit den Gewerkschaften verhandeln. Auch einen Sozialplan gab es nicht. Arrogant und respektlos seien die Chefs mit ihrer Belegschaft umgesprungen, schreiben beide Gewerkschaften in einer gemeinsamen Medienmitteilung.

Und dann dies: Per Mail teilt Burberry allen Mitarbeitenden mit, wer freiwillig kündigt, bekomme eine Abfindung. Aber wenn

es nicht genug Abgänge gebe, müssten die Verbleibenden mit der Entlassung rechnen. Und dann gebe es keine Abfindung! Das Mail trifft um 15.33 Uhr bei den Mitarbeitenden ein. Bis um 16.30 Uhr haben sie Zeit, sich zu entscheiden. Also genau 57 Minuten. Warum das Unternehmen so vorgeht, bleibt unklar. Auf die Fragen von work reagiert Burberry nicht. Giangioro Gargantini, Leiter der Unia Tessin, sagt: «Das ist nicht Burberry, das ist barbarisch.»

WENIGER ENTLASSUNGEN

Doch die Verkäuferinnen und Verkäufer lassen sich das nicht gefallen. Sie versammeln sich und beschliessen: Wir streiken. Als das Foxtown seine Tore öffnet, bleiben die beiden Burberry-Shops geschlossen. Der «Corriere del Ticino» berichtet online über den Arbeitskampf beim Luxuslabel, ebenso «La Repubblica» und «La Stampa» in Italien. Und plötzlich kommt Bewegung in die Sache. Noch im Laufe des Tages willigen die Burberry-Chefs in Verhandlungen ein, kurz vor 17 Uhr ist der Streik beendet. Schon zwei Tage später haben sich das Unternehmen und die Gewerkschaften geeinigt.

Die Details des Deals sind vertraulich. Aber Unia-Mann Gargantini sagt, das Verhandeln habe sich gelohnt: «Es werden deutlich weniger Stellen abgebaut als ursprünglich geplant. Wer gehen muss, bekommt Hilfe bei der Stellensuche. Und es gibt einen Sozialplan – mit einer Abgangsentschädigung für alle Entlassenen. Das starke Engagement der Mitarbeitenden hat es möglich gemacht, das Maximum herauszuholen.»

Entscheidend sei der Streik gewesen, sagt der Gewerkschafter: «Burberry hat sich drei Wochen lang geweigert zu verhandeln. Nach ein paar Stunden Arbeitsniederlegung haben sie ihre Haltung aufgegeben.»

Streik-Erfolge Gegen Abbau, für mehr Lohn

Streiken lohnt sich. Auch im Detailhandel. Drei Beispiele:

- 2003 und 2005 streiken die Logistikerinnen und Logistiker der Usego-Verteilzentren in Lyss BE und Egerkingen SO gegen Stellenabbau. Und erkämpfen nicht nur einen Sozialplan, sondern auch einen GAV für alle 1400 Usego-Mitarbeitenden.
- 2009 machen die Spar-Verkäuferinnen in Heimberg BE den Laden für

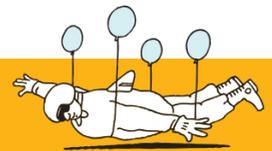


FOTO: KEYSTONE

zwei Tage dicht. Danach erhöht Spar die Löhne und schafft zwei zusätzliche Stellen.

- 2015 streiken die Verkäufer und Logistikerinnen der Detailhandelskette Crai Suisse im Tessin. Mit Erfolg: Nach zwei Tagen endet der italienische Konzern fünf Entlassungen zurück und bietet Hand zur Gründung einer Betriebskommission.

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Impfforschung: Spielt es keine Rolle, ob Katzen Kater sind?

Die Schweiz muss für mRNA-Forscher Steve Pascolo sofort bessere Rahmenbedingungen schaffen. Gefordert ist unter anderem der ehemalige SGB-Chefökonom Serge Gaillard.

Das spannende work-Interview mit dem französischen Arbeitersohn und Professor Steve Pascolo zeigt auf, wie wichtig unabhängige Forschung und Entwicklung für den medizinischen Fortschritt sind. Pascolo erforscht seit zwanzig Jahren Impfstoffe und mRNA-Therapien gegen Krebs. Er nennt diese mRNA-Technologie, auf der die beiden hochwirksamen Corona-Impfstoffe von Pfizer/Biontech und Moderna basieren, die in der Schweiz verabreicht werden, «eine medizinische Revolution». Das Interview zum Nachlesen auf workzeitung.ch.

Für den Molekularbiologen Pascolo braucht es nicht Milliarden, um aus der Schweiz heraus noch schneller Fortschritte in der mRNA-Technologie zu erzielen, aber zumindest langfristig zugesicherte Millionen. Sowie die Zusammenarbeit zwischen den Forschenden und den Unispitalern.

Das Unispital Zürich ist mit 8400 Angestellten eine der Megakisten des schweizerischen Gesundheitswesens. Man hätte diese Gesundheitsfabrik längst etwas ausserhalb der Stadt neu und kostengünstiger erstellen müssen. Denn Baukosten neuer Spitäler machen nur 3 Prozent der

Betriebskosten aus. Und ermöglichen personalfreundliche Rationalisierungen statt noch mehr faktische, unsoziale Rationalierungen.

Mit einem Doppelziel: Erstens Schaffung von Wohnraum im Zentrum der grössten Stadt der Schweiz. Zweitens optimale Bedingungen für die Lohnabhängigen und uns Patientinnen und Patienten.

GESUNDHEIT. Ausgerechnet am Frauentreiktag, am 14. Juni, gab die Zürcher SVP-Regierungsrätin Natalie Rickli bekannt, dass künftig drei alte weisse Männer das etwas ausser Kontrolle geratene Zürcher Unispital führen werden. Nicht alle waren amüsiert. Für Rickli gilt offenbar – in Anlehnung an den früheren chinesischen Staatschef Deng Xiaoping: es spiele keine Rolle, ob die Katzen alte weisse Kater seien, sie müssten nur Mäuse fangen.

Nun ist der ehemalige SGB-Chefökonom und nachmalige, inzwischen pensionierte Direktor der Eidgenössischen Finanzverwal-

2. Juli 2021 work 5
mRNA-Impfstoff-Pionier Steve Pascolo ist überzeugt:
«Diese Technologie ist eine medizinische Revolution!»

Seit zwanzig Jahren erforscht er Impfstoffe und mRNA-Therapien gegen Krebs: Steve Pascolo, Molekularbiologe und Mitbegründer des Bio-Pharma-Unternehmens Curevac. Jetzt arbeitet er an der Uni Zürich und fordert einen mRNA-Hub für die Schweiz.

work: Steve Pascolo, Sie haben die mRNA-Technologie mitentwickelt, auf der die beiden hochwirksamen Corona-Impfstoffe von Pfizer/Biontech und Moderna basieren (siehe Spalte rechts). Jetzt setzt sich diese weltweit durch. Haben Sie das in diesem Tempo erwartet?

Pascolo: Ich habe immer daran geglaubt, dass wir mit der mRNA-Technologie sehr viel bewirken können. Seit 1998 befasse ich mich als Forscher damit. Die Technologie ist aber schon länger bekannt.

Näherlich? 1993 hat der französische Forscher Pierre Morel ein Impfstoff gegen die Grippe auf der Basis der mRNA-Technologie entwickelt und danach als erstes geschwieben. Er hat dann aber das Projekt nicht weiter weiterverfolgt.



ARBEITERSOHN, PROFESSOR, HOFFNUNGSTRÄGER: Molekularbiologe Steve Pascolo erforscht seit zwanzig Jahren mRNA-Therapien gegen Krebs. FOTO: AUSSISS WORK

tung, Serge Gaillard, einer der drei neugewählten Spitalräte des Unispitals Zürich. Warten wir ab, was da kommt. Im Interesse der Gesundheit von uns allen.

A PROPOS GESUNDHEIT. Zu wenig Schweizerinnen und Schweizer lassen sich impfen. Wir sind die grössten Impffaulenzenden westlich der

Oder-Neisse-Grenze. Doch die soziale Ungleichheit schürt auch in der Schweiz das Misstrauen gegen «das System», gegen das Impfen (siehe Sotomo-Link rechts).

Alte Linke wissen, es gibt nur zwei Antworten auf Krisen: entweder Klassenkampf oder dann Fremdenhass. Und in der Coronakrise ist das Fremde eben das Impfen.

Das ist mRNA
Wettlauf gegen den Krebs

Beim herkömmlichen Impfen wird ein Erreger gespritzt. Unser Immunsystem antwortet darauf, es produziert Antikörper. Bei der neuen Technologie «Messenger RNA» (mRNA) ist das anders. Hier werden Teile des Gen-Codes von Forschern kopiert. In Körper codieren diese dann ein Protein. Das Immunsystem baut so einen Schutz vor dem Eindringen selber auf. Die Vorteil: mRNA kann nicht nur gegen Viren eingesetzt werden, sondern auch gegen Krebs oder genetische Krankheiten. Molekularbiologe Steve Pascolo sagt: «Das Anwendungsspektrum ist gross.»

SUPERPROFITTE WINKEN. Die mRNA-Technologie ist auch die Basis der beiden Impfstoffe gegen Covid-19 von Pfizer/Biontech und Moderna. Dass in nur ein paar Jahren solche Impfstoffe in Milliardenmengen produziert werden konnten, ist dieser Technologie geschuldet. Die Produktion ist einfach, grosse Mengen sind möglich. Biotechfirmen wie Moderna oder Biotech, die vorher kaum jemand kannte, steigen plötzlich zu Milliardenunternehmen auf. Inzwischen ist ein globaler Wettlauf um mRNA-Impfstoffe ent-

Das Immunsystem baut den Schutz vor dem Eindringen selber auf.

brannt. Investoren hoffen auf das ganz grosse Ding. Alle wollen dabei sein, wenn bei weiteren verbesserten Krankheiten wie Krebs oder Alzheimer ein Durchbruch gelingt. Es wickeln Superprofite.

ROCKE & CO. HABEN VERSART. Doch das ist nicht so einfach. Denn jeder Krebs ist wieder anders. Es bräutet zu seiner Bekämpfung eine personalisierte, individuelle Antwort, will sie wirksam sein. Daher gibt es auch jetzt noch kein Wundermittel gegen Krebs. Spezialist wie Professor Thomas Cerz, Präzisions-

LINKS ZUM THEMA:

- sotomo.ch/site/
Die Umfragen von Sotomo sind wahre Fundgruben. Leider werden sie zu wenig ausgewertet. So ist bei der SVP-Basis die Skepsis gegen das Impfen am grössten. Umgekehrt will der proletarische Teil der Basis höhere Kurzarbeitsentschädigungen. Und über alles führt die Pandemie zu einer Umverteilung von unten nach oben.

- compact-online.de/
Jürgen Elsässer war in seiner Jugend Maoist und Mitglied des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands (KBW). Er trat dann eine lange Reise in den rechten Sumpf an. Heute gibt Elsässer die Zeitschrift «Compact» heraus, deren rassistische und nationalistische Thesen der ehemalige Walliser Rechtsaussen-Staatsrat Oskar Freysinger wie ein Schwamm aufsaugt. Auch jene gegen das Impfen. Spannend ist immerhin Elsässers Abrechnung mit der KP Chinas, die angeblich mit den USA unter einer Decke steckt. Trotzdem: Am schlimmsten sind, waren und bleiben immer die Konvertiten.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

50/50/50: Foto-Ausstellung zu 50 Jahren Frauenstimmrecht

Frauen im Mittelpunkt



ANNA ROSENWASSER: Journalistin und LGBTQ-Aktivistin, Zürich.

FOTO: LEA REUTIMANN



GERTRUD MEYER: Pensioniert, lebt als Selbstversorgerin im Jura.

FOTO: CARMELA ODONI



LINN SCHWAB: Gymnasiastin, stimmt erstmals ab, Biel.

FOTO: CHRISTINE STRUB



MARGRIT VÖGTLIN: Modistin, Zürich.

FOTO: IRIS STUTZ

50 Jahre Frauenstimmrecht, 50 Fotografinnen, 50 Frauen-Portraits: Dies sind die Zutaten einer inspirierenden Ausstellung.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Seniorin Margrit Vögtlin posiert kokett mit Schlangenleder-Hut, passender Handtasche und Perlenkette. Munter klingt ihre Stimme aus dem Kopfhörer: «Ich wuchs in einem reichen Quartier auf. Da hatten die Frauen aus den Villen immer so schöne Hüte an. Mein Vater sagte damals: «Bei uns müssen alle einen Beruf erlernen, auch die Mädchen!» Und so

Eine lebendige Momentaufnahme der feministischen Schweiz.

wurde Vögtlin Hutmacherin. Ganz anders tönte es bei Margrit Bigler-Eggenberger. Sie lächelt auf dem Portrait gelassen in Schwarz-Weiss. Als sie zur ersten Bundesrichterin gewählt wurde,

habe ihr Vater gesagt: «Was macht die wieder für einen Blödsinn!» Aber ihr Trotzopf habe sie dennoch nach Lausanne ans Bundesgericht gebracht. «Das isch e chli mini Art.»

AUS FRAUENOPTIK

Die angehende Schreinerin Leonie Wolf sitzt auf einem Stapel Holz und blinzelt verträumt in die Sonne. Hellwach erklärt sie: «Ich würde nicht behaupten, dass Schreinerin ein Männerberuf sei. Ich würde eher sagen, ein männerdominierter Beruf. Was sich auf mega viele Arten widerspiegelt.»

Uschi Waser richtet den Blick erschrocken in die Kamera, im Hintergrund Kinderfotos. Sie sagt: «Ich wurde bis zu meinem 14. Geburtstag an 27 verschiedene Orte verschoben. Heim, Pflegefamilien, immer mal wieder zur Mutter. In diesen Pflegefamilien und Heimen wurden ganz viele Fahrende vergewaltigt oder missbraucht. Das ist eine Tatsache. Als ich meine Akte zum ersten Mal las, dachte ich: Das ist ein Stück Schweizer Geschichte.» Heute

ist Waser Präsidentin der Stiftung Naschet-Jenische.

Diese vier Frauen sind Teil der Ausstellung 50/50/50. Das bedeutet: Vor 50 Jahren gestanden die Schweizer den Schweizerinnen endlich das Stimm- und Wahlrecht zu. Zu diesem Jubiläum haben 50 Fotografinnen 50 Frauen porträtiert. Die Berner Fotografin Yoshiko Kusano hatte das Fotografinnen-Kollektiv bereits 2019 ins Leben gerufen, um den Frauenstreik aus Frauoptik zu dokumentieren und Fotografinnen mehr Sichtbarkeit zu verleihen.

Die neue Ausstellung zeigt audiovisuelle Portraits von Künstlerinnen, Aktivistinnen, Handwerkerinnen, Pflegerinnen, Wissenschaftlerinnen oder Sportlerinnen. So unterschiedlich die Portraits und die Porträtierten auch sind, haben sie doch einen gemeinsamen Nenner: Die Frau vor der Kamera inspiriert die Frau dahinter. So entstanden 50 lebendige Momentaufnahmen der feministischen Schweiz, die zeigen, wie vielfältig Frauenleben

sind: Da ist die hundertjährige Tessinerin, die sich noch heute über die fremdenfeindlichen Schwarzenbach-Initiativen entsetzt. Die Künstlerin im Wallis, die aus den traditionsreichen Eringerkühen Zebras macht. Die Tierärztin, die sich beim «Kälberdrehen» im Appenzell behaupten muss. Und die Genfer Französischlehrerin mit kolumbianischen Wurzeln, die beim Lismen innere Ruhe findet. Die 50 Frauen sind nicht nur zu sehen, sondern auch zu hören. Übers Handy mittels QR-Code direkt vor Ort oder auf der Website: 50-50-50.ch.

Die Bilder werden in Schweizer Städten im öffentlichen Raum gezeigt. Die Portraits sind auf Metallständern angebracht, wie sie für Abstimmungsplakate oder politische Kampagnen verwendet werden. Die Ausstellung stellt also Frauen in den öffentlichen Mittelpunkt – auch heute noch keine Selbstverständlichkeit.

Basel: Vernissage am 1. September, Kaserne, **Bern:** 7. bis 28. August. **Genf:** 1. bis 30. Oktober. Infos unter: **50-50-50.ch**

40 Jahre «Brass» Das Kukur-Jubiläum

Sie ist ein Kind der Raumnahme der 1980er Bewegung: die Brasserie Lorraine an der Quartiergasse 17 in Bern. Eine Genossenschaft, noch heute kollektiv organisiert, ein kulinarisches Kulturzentrum, einst das Kukur. Der lauschige Garten mit den Kastanienbäu-



«BRASS»: Ein magischer Ort der alternativen Szenengeschichte Berns. FOTO: BRASS

men, die klassisch getäfelte Beiz und die Fassaden voller Murales (gipsertauglich?). Ein magischer Ort der alternativen Szenengeschichte Berns: «Bei uns kannst du feiern. Zb deine Scheidung, oder dein Lehrabschluss. Und das mit einem hammer Apero. Oook!» So wirbt die «Brass» orthographisch-kreativ via Facebook für ihren Service. Oder so: «14. juni ist flinta* Bar in der Brass. Cis Männer bleiben an diesem Tag als Gäste solidarisch fern (einige werden in der Brass arbeiten, flinta* haben frei).»

Ob Politveranstaltungen, Wild-Abende, Gigs oder Spielturniere, ob der Sonntagsbrunch oder das Montagskonzert: in der «Brass» hat einfach alles Platz. Wie manche Demo und wie viele amouröse Leidenschaften dort in den letzten 40 Jahren ihren Anfang nahmen – und allenfalls mit einer Scheidungsfeier auch ihr Ende –, müsste mal eine Stadtheth-

In der «Brass» hat alles Platz: Brunch, Konzert, Scheidungsfeier ...

nologin erforschen. Und grad auch noch all die tausend Initiativen und Projekte katalogisieren, die in der Brasserie das Licht der Welt erblickten. So wie etwa die «Frauenbrass», die einst am Montagabend stattfand und für «Ladies only» war.

KEIN BISSCHEN MÜDE. An die 20 Genossenschaftlerinnen und Genossenschaftler halten das kulinarische Kulturzentrum am Laufen und verdienen «knapp über dem GAV-Mindestlohn». Sie bemühen sich um regionale und saisonale Küche (no Nestlé!) und immer weniger Fleischspeisen. Wer kocht und selber Vegi ist oder vegan, muss kein Fleischmenü zubereiten. Heute wäre wohl definitiv out, was Anfang der 1990er Jahre mal auf der «Brass»-Menutafel stand: «Braten Gisela». Gisela war eine Hausbesetzer-Sau, die leider geschlachtet werden musste. Und auch gegessen. Traurig, aber beherrscht schritt man und frau in die Küche und schob sie in den Ofen. Heute ist in der «Brass» der Seitanburger der Sommerhit. Und diverse vegane Experimente.

Die «Brass»-Jubiläumswoche findet vom 30. August bis zum 9. September statt, das Programm finden Sie hier: **rebrand.ly/40-jahre-brass**

MARIE-JOSÉE KUHN

* FLINT steht für Frauen, Lesben, Intermenschen, nichtbinäre Menschen und Transmenschen.

workxl der wirtschaft

David Gallusser



DIE GROSSE UNBEKANNTE: WIE SIND DIE VERMÖGEN VERTEILT?

Statistiken in der Schweiz können sehr genau sein. So erfahren wir, wie viele Kühe es gibt oder wie viele Neugeborene Emma genannt werden. Geht es ums Eingemachte, ist die öffentliche Statistik aber oft unvollständig. Das ist bei der Verteilung von Vermögen und Vermögenseinkommen besonders der Fall. Die Reichsten und ihre Vertreterinnen in der Politik verhindern erfolgreich, dass genaue Erhebungen erstellt werden. Zu viele Informationen könnten die Legitimität der grossen Vermögen in Frage stellen und Forderungen nach höheren Steuern Auftrieb verleihen.

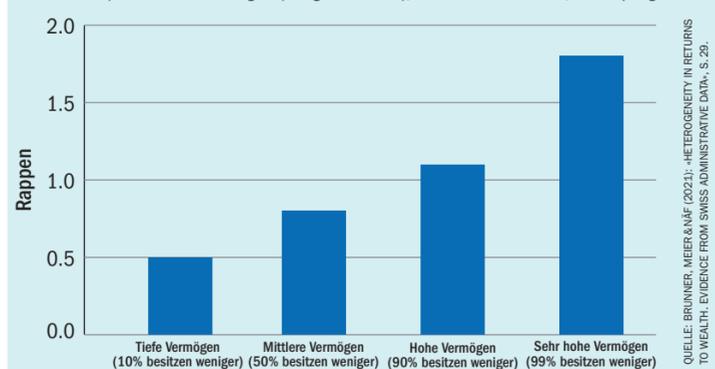
GROSSE UNGLEICHHEIT. Zum Glück bringt die Forschung immer wieder Licht ins Dunkle. So wissen wir, dass die Vermögen in der Schweiz stark konzentriert sind. Das reichste Prozent aller Steuerpflichtigen – rund 50000 Steuerpflichtige – besitzt über 40 Prozent aller steuerbaren Vermögen. Das sind 15 Millionen Franken pro Steuerpflichtigen. Zum Vergleich:

Mehr als die Hälfte der Steuerpflichtigen besitzen weniger als 50000 Franken steuerbares Vermögen. Leider blenden diese Zahlen vieles aus. Die Pensionskassen werden nicht berücksichtigt, Immobilien sind zu tief bewertet, und Steuerhinterziehung ist verbreiteter, als viele wahrhaben möchten. Korrigiert man für die fehlenden Werte, steigen nicht nur die grossen, sondern auch die kleinen Vermögen. Die Ungleichheit bleibt trotzdem gross.

GROSSE VERMÖGEN. Zur Verteilung von Kapitalgewinnen ist in der Schweiz kaum etwas bekannt. Zum Beispiel: Wir wissen nicht, welches Einkommen die Anlegerinnen erzielen, wenn sie ihre Aktien mit Gewinn verkaufen. Aus anderen Ländern ist bekannt, dass diese Gewinne bei den Reichsten am höchsten ausfallen. Für den Kanton Bern konnten Ökonomen immerhin zeigen, dass Zinsen und Dividenden mit den Vermögen steigen (siehe Grafik). Der Grund für die un-

Wer hat, dem wird gegeben

Durchschnittlicher jährlicher Ertrag in Rappen auf jedem Franken Finanzvermögen (z. B. Dividenden auf Aktien, Zinsen auf Bankkonten) nach Höhe des Vermögens (abzüglich Schulden), Kanton Bern 2002-2017, ohne Kapitalgewinne.



gleichen Erträge liegt in der Art des Vermögensbesitzes. Kleine Vermögen liegen oft auf Bankkonten, wo kaum Zinsen anfallen. Mittlere Vermögen sind häufig in Eigenheimen investiert. Sie profitieren von steigenden Immobilienpreisen, erzielen aber wenig Finanzerträge. Grosse Vermögen

bestehen zu einem bedeutenden Teil aus Beteiligungen. Das berechtigt die Reichsten zum Bezug der Unternehmensgewinne, und ihre Vermögen steigen parallel zu den Aktienkursen.

David Gallusser ist Ökonom beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB).



Das offene Ohr

Myriam Muff
von der Unia-Rechtsabteilung
beantwortet Fragen
aus der Arbeitswelt.

Schwanger: Muss ich es beim Vorstellungsgespräch sagen?

Ich bewerbe mich auf eine ausgeschriebene Stelle. Seit kurzem weiss ich, dass ich schwanger bin. Was ist, wenn mich mein potentieller Chef nach einer allfälligen Schwangerschaft fragt? Muss ich ihm das am Vorstellungsgespräch mitteilen?

MYRIAM MUFF: Nein. Zwar unterstehen Sie und Ihr potentieller Arbeitgeber vom ersten Kontakt an, also schon vor dem Arbeitsvertrag, dem Prinzip von Treu und Glauben. Also einer Pflicht zu loyalem, korrektem Verhalten. Daraus lässt sich auch eine Informationspflicht ableiten. Wird diese verletzt (zum Beispiel, weil Sie in der Bewerbung bewusst falsche Angaben über Ihre Ausbildung machen), kann das zur Schadenersatzpflicht führen. Schwierig und nicht allgemein zu beantworten ist die Frage, wie weit die Auskunftsspflicht der Stellensuchenden geht. Die Firma hat



BEWERBUNG: Ihre Schwangerschaft müssen Sie nicht erwähnen. FOTO: KEYSTONE

stets nur Anspruch auf Informationen im Zusammenhang mit dem Arbeitsplatz. Die Grenze bildet der Persönlichkeitsschutz der Bewerberinnen und Bewerber. Eine Nichtanstellung aufgrund einer bestehenden Schwangerschaft stellt grundsätzlich eine geschlechtspezifische Diskriminierung im Sinne von Artikel 3 des Gleichstellungsgesetzes dar. Deshalb darf die Firma im Bewerbungsverfahren die Frage nach einer allfälligen Schwangerschaft gar nicht stellen. Tut sie es trotzdem, dürfen Sie die Frage im Sinne eines «Notwehrrechts der Lüge» verneinen. Sie als Bewerberin müssen Ihre Schwangerschaft grundsätzlich auch nicht selbst ansprechen. Eine Ausnahme gilt aber beispielsweise für eine Anstellung als Mannequin oder Tänzerin. Dort wäre die Frage nach einer Schwangerschaft berechtigt.

Separates WC: Muss ich die Kundentoilette benutzen?

Ich bin Verkäuferin in einer Modeboutique. Letzte Woche haben wir das Ladenlokal gewechselt, unser neuer Standort ist jetzt in einem Einkaufszentrum. Auf dem gleichen Stock befinden sich in der Nähe die öffentlichen Toiletten. Da wir im Geschäft keine Toilette haben, müssen wir dieses Kundinnen-WC benutzen. Aus hygienischen Gründen habe ich damit Mühe. Hat meine Firma nicht die Verpflichtung, ein separates WC direkt im Laden einzurichten?

MYRIAM MUFF: Nein. Natürlich ist es von Vorteil, wenn jedes Geschäft direkt im Laden für seine Mitarbeitenden eine Toilette eingerichtet hat. Im Arbeitsgesetz sind die besonderen Anforderungen der Gesundheitsvorsorge betreffend Toiletten, Garderoben, Waschanlagen usw. geregelt. Toiletten sind demnach in der Nähe des Arbeitsplatzes in ausreichender Zahl zur Verfügung zu stellen. Ihre Firma ist somit nicht verpflichtet, direkt im Laden ein separates WC einzurichten. Gemäss Wegleitung des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) soll die Entfernung vom Arbeitsplatz nicht mehr als 100 Meter oder eine Geschosshöhe betragen. Im Gastgewerbe, in Warenhäusern, Bahnhöfen oder Spitälern hält das Seco jedoch fest, dass öffentliche Toiletten nicht als Personaltoiletten dienen sollten. Da Sie das WC mit den Kundinnen teilen müssen, können Sie also gegenüber Ihrer Firma die Einrichtung einer entsprechenden Personaltoilette verlangen.

Ihr Recht auf Arbeitspause

Ein Hoch auf unsere kleinen Freizeiten

Leistungsdruck und Zeitdruck in den Firmen nehmen zu. Umso wichtiger: Pausen als Inseln der Erholung schaffen. Welche Pausen haben Sie mindestens zugute? Sind sie bezahlt? Und wie verbringen Sie Ihre Pause optimal?

MARTIN JAKOB

Pausen sind Gesetz, und das ist gut so. Denn der Mensch ist keine Maschine: Körper und Geist ermüden mit der Zeit, die Konzentrationsfähigkeit nimmt ab und die Fehlerhäufigkeit zu. Pausen dienen also dem Gesundheitsschutz, erhöhen aber auch die Sicherheit am Arbeitsplatz und die Arbeitsqualität.

WIE LANGE?

Das Arbeitsgesetz schreibt die minimale Pausendauer vor. Sie ist abhängig von der Tagesarbeitszeit:

- Bis zu fünfeinhalb Stunden: keine Pause.
- Mehr als fünfeinhalb Stunden: eine Viertelstunde.
- Mehr als sieben Stunden: eine halbe Stunde.
- Mehr als neun Stunden: eine ganze Stunde. Dabei dürfen Pausen von mehr als einer halben Stunde aufgeteilt werden.

Bei flexiblen Arbeitszeiten, wie etwa bei gleitender Arbeitszeit, ist die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit massgebend. Das kann Tücken haben, wie ein Fall aus der Unia-Rechtspraxis zeigt, in dem die durchschnittliche Tagesarbeitszeit der Mitarbeiterin acht Stunden beträgt. An den vereinzelten Tagen, an denen sie über neun Stunden gearbeitet hat, wurde ihr jeweils eine ganze Stunde Pause von der lohnwirksamen Arbeitszeit abgezogen, obwohl sie nur eine halbe Stunde Pause machte. Das ist natürlich nicht korrekt. Denn erstens gilt für die Berechnung der Pausenlänge im Gleitzeitmodell der Durchschnitt der täglichen Arbeitszeit, und zweitens dürfen nicht bezogene Pausen dem Zeitsaldo auch nicht belastet werden!

UM WELCHE ZEIT?

Die Firmen sind weitgehend frei in der zeitlichen Anordnung der Pausen: Sie können sie für das gesamte



WORKTIPP

WAS STEHT IN MEINEM GAV?

In manchen Gesamtarbeitsverträgen (GAV) sind auch Mindestregeln für Arbeitspausen enthalten. Untersteht Ihr Arbeitsverhältnis einem GAV, bildet eine dort enthaltene Pausenregelung den Mindeststandard, Abweichungen zu Ihrem Nachteil sind ungültig. Vor den Sommerferien hat die Unia ihren Online-GAV-Service modernisiert und die Benutzungsfreundlichkeit enorm verbessert. So finden Sie schnell heraus, ob Ihr GAV Pausenregeln enthält, die übers gesetzliche Minimum hinausgehen: gav-service.ch.

Personal zur gleichen Zeit oder nach Abteilung verschieden wählen oder das Beziehen der Pause sogar allen selber überlassen. Die Verordnung zum Arbeitsgesetz hält aber als Grundsatz fest, dass die Pause um die Mitte der Arbeitszeit anzusetzen sei. Pausen auf den Anfang oder das Ende der Arbeitszeit zu legen ist auf keinen Fall gestattet.

PAUSE WO?

Wenn die Arbeitnehmenden ihren Arbeitsplatz nicht verlassen dürfen, gelten Pausen als Arbeitszeit. So steht es im Arbeitsgesetz. Gleichzeitig sind Pausen Pflicht. Also muss die Firma die Arbeit so organisieren, dass der Arbeitsplatz für die Pause verlassen werden

BRÜDER LUFTIG: Pause von einst beim Hochhausbau. Die Sicht ins Freie ist gegeben, die Sitzgelegenheit auch. Aber wo bleibt das Trinkwasser? FOTO: KEYSTONE

kann, auch wenn jemand alleine in einem Ladenlokal oder in einem Maschinenraum arbeitet. Stellt die Firma einen Pausenraum zur Verfügung, muss dieser sämtlichen Anforderungen des Gesundheitsschutzes entsprechen und mindestens Trinkwasser, die Sicht ins Freie und eine Sitzgelegenheit bieten. Die Schaffung eines solchen Pausenraums ist für die Firma je nach Arbeitsbedingungen Pflicht – etwa, wenn in den Arbeitsräumen kein natürliches Licht einfällt, der Lärmpegel hoch ist oder unangenehme Gerüche vorkommen.

Am Arbeitsplatz zu rauchen ist heute praktisch nirgends mehr möglich – weil es das Bundesgesetz zum Schutz vor Passivrauchen verbietet und weil häufig ein firmeninternes Reglement dem Rauchen bei der Arbeit auch dort

Minuten pro Halbtag. Und zwar bezahlt!

BEZAHLT ODER NICHT?

Zwar sind Pausen im Grundsatz unbezahlt. Verbindlich Auskunft geben im Einzelfall aber erst der Arbeitsvertrag oder das Personalreglement. In den Gesamtarbeitsverträgen ist die Frage unterschiedlich geregelt (siehe Tipp). Mit-bezahlten Pausen sind in den meisten Fällen kurze Pausen am Vor- und/oder am Nachmittag gemeint, nicht aber die Mittagspause.

UND DIE RAUCHPAUSE?

Am Arbeitsplatz zu rauchen ist heute praktisch nirgends mehr möglich – weil es das Bundesgesetz zum Schutz vor Passivrauchen verbietet und weil häufig ein firmeninternes Reglement dem Rauchen bei der Arbeit auch dort

einen Riegel schiebt, wo es nach Gesetz noch erlaubt wäre. Andererseits darf niemandem das Rauchen gänzlich verboten werden. Wer also seine gesetzlichen Pausen nutzen will, um den Nikotinpegel zu erhöhen, darf das tun – allerdings nur in zugewiesenen Räumen oder draussen.

Die Pausenräume müssen Sicht ins Freie bieten, Trinkwasser und Sitzgelegenheiten.

Von jenen, die zwischen durch die Arbeit verlassen, um zu rauchen, kann die Firma verlangen, dass sie dafür ausstempeln, und sie darf sogar darauf bestehen, dass das Verlangen nach Glimmstengeln bis zur nächsten ordentlichen Pause unterdrückt wird.

PAUSE MACHEN – WIE?

Die Tipps, wie sich die Pause optimal nutzen lässt, sind Legion. Aber sie lassen sich auf einen gemeinsamen Nenner bringen: Schaffen Sie eine Gegenwelt zu Ihrer Arbeit.

SONDERREGELN

MEHR PAUSE FÜR MAMAS UND PAPAS

Schwangere und Mütter haben zum Schutz ihrer Gesundheit besondere Rechte – auch in Sachen Pause. Generell dürfen Schwangere mehr Pausen beantragen, wenn sie sich bei der Arbeit erschöpft fühlen, und die Firma muss am Arbeitsort Einrichtungen zum Ausruhen zur Verfügung stellen. Besonders ermüdend können während der Schwangerschaft Arbeiten sein, die im Stehen auszuführen sind. In diesem Fall haben Frauen ab dem vierten Schwangerschaftsmonat zusätzlich zu den gesetzlichen Pausenansprüchen alle zwei Stunden eine Kurzpause von 10 Minuten zugute.

STILLPAUSE.

Besondere Regeln gelten auch nach der Rückkehr der Mutter an den Arbeitsplatz. So können Mütter ihr Kind in seinem ersten Lebensjahr während der Arbeitszeit im Betrieb stillen. Die Stillpausen sind von der täglichen Arbeitszeit abhängig und betragen zwischen 30 Minuten (bei bis zu 4 Stunden Arbeitszeit) und 90 Minuten (bei über 7 Stunden). Diese Pausen gelten auch für das Abpumpen der Milch, sind als bezahlte Arbeitszeit anzurechnen und verstehen sich zusätzlich zum gesetzlichen Pausenanspruch. Die Firma muss fürs Stillen einen geeigneten Raum zur Verfügung stellen.

FAMILIENPFLICHTEN.

Eine weitere Sonderregelung gilt für Papas wie für Mamas: Haben sie Familienpflichten – Kinder im gleichen Haushalt oder pflegebedürftige Angehörige –, muss ihnen die Firma auf Verlangen eine verlängerte Mittagspause von mindestens anderthalb Stunden gewähren.

LESETIPP.

Unia-Ratgeber «Erwerbstätig und Mutter – was ich wissen muss». Die besonderen Rechte von Schwangeren und Müttern. Online als PDF: rebrand.ly/mutterschaft.

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



FELERFREY? Online-Korrekturprogramme bieten gute Leistungen, aber längst nicht so gute wie unser Korrektor. Der erkennt 99 von 100 Fehlern. Danke, Urs Remund! FOTO: ISTOCK

Online-Korrektur ist besser als Word & Co.

Nicht nur Schreibprogramme wie Word können Texte korrigieren. Auch Websites bieten dies an. Ein Saldo-Test zeigt jetzt: Die Internetprogramme finden nicht alle Fehler, funktionieren aber besser als die Fehlersuche der Schreibprogramme.

Das Schreibprogramm Word erkannte nur gerade 31 von 100 Fehlern.

Diese schnitten im Test schlecht ab. In einem Text mit 100 Schreibfehlern erkannte Word nur gerade 31 Fehler und schlug 23 Mal eine korrekte Alternative vor. Wenig Probleme bereiteten allen Programmen Tippfehler wie «Baummwolle». Mit falsch gesetzten Satzzeichen oder Fallfehlern hatten die Tools hingegen Mühe.

TREFFSICHERER DUDEN.

Am zuverlässigsten war die Korrektur von duden.de. Sie erkannte 69 von 100 Fehlern und machte 57 Mal einen korrekten Vorschlag. Der Nachteil der Seite: Es lassen sich aufs Mal nur 1500 Zeichen prüfen. Wenn Sie mehr auf einmal wollen, müssen Sie 11 Franken pro Monat zahlen. Corrector.co/de erkannte 60 Fehler und korrigierte 52 Mal richtig. Onlinekorrektor.de fand 61 Fehler und korrigierte 51 Mal korrekt.

Die Rechtschreibtools im Internet sind in der Grundversion gratis und einfach zu bedienen: Kopieren Sie den Text in ein Feld auf der Internetseite, klicken Sie auf den Startknopf, und schon werden die Fehler angezeigt. Wenn Sie auf den Fehler klicken, schlagen die Programme Korrekturen vor.

MOVENDO nach der Sommerpause Kurs auf Kurse!

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaft ist auch im zweiten Halbjahr mit spannenden Themen unterwegs. Jetzt anmelden!

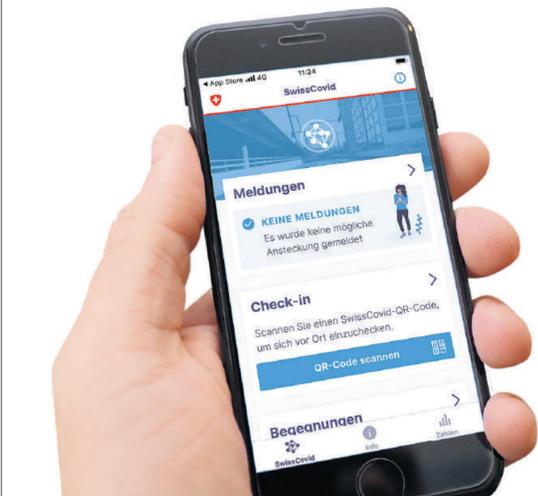
Von den Lockerungen der coronabedingten Einschränkungen profitieren auch die Movendo-Kurse. Mit einem Schutzkonzept getreu den Vorgaben des Verbandes für Erwachsenenbildung wird der Gesundheit Sorge getragen. Ein Covid-Zertifikat ist nicht verlangt. Zahlreiche Kurse sind bereits gut belegt. Wer Interesse hat, kann sich in ausgedehnten Kursen auf die Warteliste eintragen lassen und wird benachrichtigt, wenn ein Platz frei wird. In anderen Kursen sind noch Anmeldungen möglich – zum Beispiel in diesen:

Stellensuche. Wenn über 50-jährige ihre Stelle verlieren, ist die Jobsuche oft langwierig. Der Kurs «Auf Stellensuche mit 50+» macht fit für erfolgreiche Bewerbungen. – 4./5. Oktober, Zürich

Temporärarbeit. Erstmals bietet Movendo einen Kurs für temporäre Arbeitnehmende an. Schwerpunkte sind die gesetzlichen Rechte, der Gesamtarbeitsvertrag und Weiterbildungsmöglichkeiten. – 3. November, Baden

Rente planen (in Spanisch). Ein Thema, zu dem die Kurse in deutscher Sprache regelmässig früh ausgebucht sind, jetzt in spanischer Sprache. – 10. November, Biel (jk)

Alle Kursangebote und Anmeldung: www.movendo.ch



ZUSATZFUNKTION: Die Check-in-Funktion der Swiss Covid App eignet sich zum Einsatz bei privaten Anlässen, aber auch für Sitzungen und Seminare. FOTO: KEYSTONE

Swiss Covid App: Nach der Impfung abschalten? Gefahrenmeldung aus dem Handy

Trotz steigender Impfquote: Die Swiss Covid App, die uns Ansteckungsrisiken meldet, ist weiterhin eine Überlegung wert. Auch dank der neuen Check-in-Funktion.

MARTIN JAKOB

Rund die Hälfte der Schweizer Bevölkerung ist geimpft. Die Zahl der täglichen Spitalerträge aufgrund einer Corona-Infektion liegt zehnmal tiefer als im Herbst 2020. Und doch: Die Fallzahlen steigen seit Wochen wieder. Das Virus hält uns weiter in Schach. Die Swiss Covid App als Gefahrenmelder bleibt deshalb weiterhin nützlich.

SO FUNKTIONIERT'S. Die Swiss Covid App ist ein Warnsystem. Sie

hat das Ziel, Infektionsketten zu stoppen. Die App tauscht mit anderen Mobiltelefonen, auf denen die App installiert ist, über Bluetooth Identifikationsnummern aus. Nach einem positiven Coronavirus-Test erhalten betroffene Personen einen Code. Diesen können sie in der App eingeben. Dann erhalten all jene, die über mindestens 15 Minuten innert eines Tages weniger als zwei Meter Abstand zu infizierten Personen hatten, eine Gefahrenmeldung. Niemand fährt, an wen diese Meldung geht.

RÜCKLÄUFIG. Nach einem zähen Start im Mai 2020 wuchs die Zahl der aktiven Nutzerinnen und Nutzer der App bis zum Jahreswechsel auf 2 Millionen. Mit 1297

neu abgesetzten Codes erreichte die App am 3. November 2020 den bisherigen Rekordwert. Mittlerweile ist die Zahl der aktiven Nutzerinnen und Nutzer auf 1,6 Millionen Menschen gesunken, was auch das Bundesamt für Gesundheit (BAG) bemerkt hat: «Aktuell laufen verschiedene Diskussionen, welche Rolle die Swiss Covid App in der aktuellen Pandemiephase spielt», sagt Marco Stücheli vom BAG. Je nachdem sei es «gut möglich, dass wir die Kommunikation noch einmal verstärken».

MIT UND OHNE ZERTIFIKAT. Sicher ist: Covid-Zertifikat und Swiss Covid App sind zwei Paar Schuhe. Das Zertifikat bezeugt, dass Sie geimpft, genesen oder kürzlich getestet worden sind. Die App jedoch warnt Sie, wenn Sie einem höheren Ansteckungsrisiko ausgesetzt waren – oder ermöglicht es Ihnen, nach einem positiven Test die Menschen zu warnen, die Ihnen in letzter Zeit nahe kamen. Diese Funktion ergibt nach wie vor Sinn – auch falls Sie bereits geimpft sind: ● Auch als Geimpfte können Sie sich noch anstecken. Sie selber haben zwar das deutlich geringere Risiko, ernsthaft zu erkranken. Es ist aber möglich, dass Sie das Virus an andere Personen weitergeben – auch an Ungeimpfte.

● Für Geimpfte und Ungeimpfte nehmen die Risiken mit den gelockerten Massnahmen gegen die Ausbreitung der Pandemie wieder zu: an maskenfreien Partys zum Beispiel, beim Gruppensport, an der festlichen Familientafel, im Restaurant.

DATENSCHUTZ.

Die Swiss Covid App funktioniert internetbasiert digital. Das weckt bei manchen Menschen Ängste und Misstrauen. Immerhin hat der Schweizer Datenschutzbeauftragte der App seinen Segen gegeben. Vertiefte Information schadet aber nicht: Das BAG hat einen Katalog häufiger Fragen zusammengestellt (rebrand.ly/appfragen). Und auf www.bag-coronavirus.ch hat die App ein eigenes Kapitel.

CHECK-IN-FUNKTION DIE GRUPPE IM GRIF

Für private Parties, Sitzungen oder Kantinen eignet sich die Check-in-Funktion der Swiss Covid App. Nach dem Check-in bleiben die Aufenthaltsdaten der Gäste 14 Tage gespeichert. So können sie informiert werden, wenn es im Kreis der Teilnehmenden zu einem positiven Test kommt. Das Erklärvideo: rebrand.ly/checking-app.

workrätsel

Gewinnen Sie eine Übernachtung!



Gewinnen Sie eine Übernachtung mit Frühstücksbuffet für zwei Personen im See- und Seminarhotel Flora Alpina Vitznau LU mit einzigartigem Panoramablick über den Vierwaldstättersee.

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 12
Das Lösungswort lautet: SOMMERNACHT



DEN PREIS, 200 Franken in Reka-Checks, hat gewonnen: Tiziano Rhinisperger, Wettingen AG. Herzlichen Glückwunsch!

Veranstaltungen			Nord-europäer	Verbindung zw. Kopf und Rumpf	schweiz. Dichter u. Maler † 1788			dt.-frz. TV-Sender	hinauf, nach oben	Abk.: Rappen	Geschäfte (engl.)		fossiler Brennstoff		jederzeit	Aufmerksamkeit	weibl. span. Pluralartikel	Autokz. Kanton Luzern
anschliessend								Humus					Kobold d. nord. Mythologie					
frz. Artikel			südam. Hochgebirge		gegen Abschaffung der ...steuer					10			vierter Monat des Jahres		gegen ... -Gäuner			
Studie, Untersuchung								künstl. Wasserlauf		veraltet: spähen		Landkartenwerk						Leitung bei Film-aufnahmen
					Siegerin			Zusammenbruch							Gehörorgane		Vorn. v. Autor Meienberg †	
Jugendliche (engl.)			schweiz. Kabarettist (Andreas)	Weiss-russland								Fahrzeug		in Abwesenheit von			7	
...verschiebung einschranken								Beweis der Abwesenheit		Norm, Vorschrift		bedeut-sam						
				gebrat. Fleisch-scheiben	Land-schaft im Kanton Bern									platzen, explo-dieren			jp. Be-griff für Lebens-energie	
Kleinste zwei-stellige Zahl	Leitung für Flüssig-keiten		Teile d. Fuss-ball-schuhe								veraltet: Wagen-schup-pen		Äxte				8	
kleine... , grosser Fortschritt							frz. Ab-schieds-gruss	Elends- viertel Mz.		Nieder-schlag							Längen-mass der See-fahrt	Teil des Kopfes
			arg, schlimm		voraus- ahnen, erwarten								ital. Stadt u. Provinz			ge- kochter Frucht- brei		
Netzjar- gon: laut lachen		Bündner Liedermacher (Linard)								Renn- sport- schlit- ten		faseriges, giftiges Mineral					6	
Fantasy- film v. Spiel- berg					Zch. f. Blei		Nasal- laut		gefährl. Tier							Identi- tätskarte (Kw.)		männl. Fürwort
Grund- nah- rungs- mittel		eh. St. Galler Fuss- ball- stadion											Teil des Bruchs (math.)					
					Soft- ware- fehler Mz.				im Weg sein, stören									

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

Lösungswort einsenden an: work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 27. August 2021

INSERAT

«Unia 2.0»

Deine Meinung ist gefragt!

Die grösste Gewerkschaft befragt ihre Mitglieder Welche Unia für welche Zukunft?

Die Unia will sich für die Zukunft wappnen. Darüber sollen die Mitglieder diskutieren – in offenen Online-Konferenzen.

JOHANNES SUPE*
Die womöglich grösste Veränderung in der Unia seit ihrer Gründung beginnt am 2. September. Codename: «Unia 2.0». Das Ziel: Die grösste Gewerkschaft der Schweiz besser für zukünftige Herausforderungen aufstellen. Die Erfolgsaussichten: Ungewiss, aber man darf hoffen.
Annähernd 17 Jahre hat die Unia seit ihrer Gründung nun auf dem Buckel. Gestartet war sie mit grosser Energie und hohen Ansprüchen: Die interprofessionelle Grossgewerkschaft sollte die Gewerkschaftsbewegung der Schweiz

erneuern, kämpffähiger machen und zugleich die gewerkschaftliche Wüste Dienstleistungsbereich erschliessen. Nun will die Unia Bilanz ziehen. Was ist gelungen? Wo hapert es noch? Und vor allem: Wie muss die Gewerkschaft werden, um zu erreichen, was noch nicht geglückt ist?

DIGITALE KONFERENZEN. Diese Fragen stellt die Unia nun ihren Mitgliedern. Im September und Oktober finden drum digitale Konferenzen statt. Die Meinung des Bauarbeiters aus Frutigen ist gefragt, die der Verkäuferin aus Schaffhausen ebenso. Kurz: Wer Teil der Gewerkschaft ist, soll nun auch Teil ihrer Veränderung werden können. Allen interessierten Mitgliedern stehen die Online-Konferenzen offen.

13 Themen werden da besprochen, eines pro Sitzung. Zum Beispiel: Wie können die Mitglieder noch besser in die Unia einbezogen werden? Oder: Wie verbessert man die Zusammenarbeit über Branchengrenzen hinweg?

MITMACHGEWERKSCHAFT. Bei diesen Debatten wird es allerdings nicht bleiben: Die digitalen Mitglieder-Konferenzen sind erst der Auftakt zu einem 18-monatigen Reformprozess. An dessen Ende wird 2023 ein ausserordentlicher Unia-Kongress stehen. Dieser wird dann über neue Strukturen und geänderte Statuten befinden. Aber eines nach dem anderen: Nun müssen erst einmal die grundlegenden Themen der Gewerkschaft besprochen werden. Gelingen wird das nur, wenn möglichst viele auch mitmachen.

- TERMINE**
- 2.9. Mitgliederdemokratie und -beteiligung
 - 7.9. Mobilisierungs- und Streikfähigkeit
 - 9.9. Profil genderbewusste Organisation
 - 15.9. Inklusion und Diversität
 - 21.9. Interprofessionelles Selbstverständnis
 - 24.9. Gewerkschaftliche Wüsten erschliessen
 - 28.9. Anspruch als politische Akteurin
 - 1.10. Internationale Gewerkschaftsarbeit
 - 6.10. Professionelle Führungs- und Arbeitsweise
 - 11.10. Mitgliederentwicklung
 - 14.10. Bildungsangebot
 - 20.10. Ressourcenverschiebung auf Terrain
 - 26.10. Vertretung der Sprachregionen
- Anmeldung per Mail an: unia2.0@unia.ch
Name, Region, Branche, Mobil-Nr. und gewünschte Konferenz angeben. Anmeldeschluss für die erste Sitzung ist der 31.8. für alle anderen der 5.9.

*Redaktor Johannes Supe wird im work regelmässig über den Reformprozess «Unia 2.0» berichten.



WORKLESERFOTO



Auf Hagel folgt Sonnenschein

WANN 25. Juli 2021
WO Gais AR
WAS Blick auf Gais
Eingesandt von R. Looser, Gais

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, **Betreff** «Leserfoto»

workquiz



Wie gut sind Sie?

1. Emmental I: Welche Guetslifabrik steht im Emmental?

- a) Wernli?
- b) Bahlsen?
- c) Lackerli-Huus?
- d) Kambly?



FOTO: MATTHIAS LUGGEN

2. Emmental II: Für welche Partei politisiert der Bademeister von Langnau?

- a) SVP?
- b) FDP?
- c) EVP?
- d) SP?

3. Emmental III: Welches historische Ereignis hat die oberste Emmentaler Gewerkschafterin Stefanie Strahm zusammen mit Mutter und Grossmutter begangen?

- a) das Schangnauer Wiiber-Motocross?
- b) die Lüderer-Frauen-Chilbi?
- c) den Langnauer Frauenstreik?
- d) das Zäziwiler Züpfä-Zwirbele?

4. Emmental IV: Wie heisst die alte Seilerei Jakob in Trubschachen heute?

- a) Jakob Nope Systems?
- b) Jakob Rope Systems?
- c) Jakob Sope Systems?
- d) Jakob Pope Systems?

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösungen: 1d; 2d; 3c; 4b

WORKPOST

Päckli-Konzern DPD: Jetzt packt Logistiker Nabil Bouhdoud aus
«Sie sagten nur: Du musst halt besser aufpassen!»

Neue Kritik an Päckli-Gigantin DPD: Nach den Fahrern berichten jetzt auch Logistiker in den Depots von gefährlicher Arbeit und Schikanen.

CHRISTIAN EGG
 Eine «Katastrophe» sei der Job, sagt Nabil Bouhdoud. Bis vor kurzem arbeitete er im Depot Möhlin im Kanton Aargau, einem von elf Schweizer DPD-Depots. Bouhdoud: «Wir tragen alle alles von Hand.» Gabelstapler oder auch nur einen Rollwagen stelle DPD nicht zur Verfügung, obwohl die Pakete manchmal 40 oder gar 50 Kilo schwer seien.

NICHT ERLAUBT
 Eine solche Dauerbelastung verschleiss den Körper. Deshalb sei sie auch verboten. Gestützt auf das Arbeitsgesetz hält das Seco fest: Maximal zumutbar sind 25 Kilo. Und nur dann, wenn jemand eine Last «gelegentlich» tragen muss. Die DPD-Logistiker machen dagegen nichts anderes als Lasten...



Im Falle Palu Suisse wurden die Geschädigten verurteilt. Die Drahtzieher konnten ungehindert weitermachen.

LUTZ SCHOELLHAMMER, VIA WORKZEITUNG.CH

gernden Kinder, ergäbe für jedes Kind 7.50 Franken pro Tag! Mit diesem Betrag wäre wohl nebst der Ernährung auch noch eine Schulbildung finanzierbar. So einfach wäre es, das Leben der verhungerten Kinder zu retten!

BENI GNOS, ALLSCHWIL BL

WORK 11 / 18. 6. 2021: WAS IST BLOSS BEI PATEK PHILIPPE LOS?

Ein sozialer Arbeitgeber

Seit über 40 Jahren bin ich Unia-Mitglied, früher Smuv genannt, eine richtige Arbeiterpartei, war sogar jahrelang in der Betriebskommission. Ich arbeite bei Patek Philippe, einem der sozialsten Arbeitgeber, die ich bis jetzt kennengelernt habe.

S. MÜLLER, VIA WORKZEITUNG.CH

WORK 11 / 18. 6. 2021: DIE ABZOCKEREI IN DER 2. SÄULE GEHT UNGEBREMST WEITER

Grossangelegter Betrug

Die zweite Säule war von vornherein ein grossangelegter Betrug. Alleine schon die Tatsache, dass den Pensionskassen das eingezahlte Geld bedingungslos für Geschäfte jeder Art zur Verfügung steht, ist ein Beweis.

MISCHA DICKERHOF, VIA FACEBOOK

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an **work Redaktion Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern**

WORK 12 / 2. 7. 2021: «SIE SAGTEN NUR: DU MUSST HALT BESSER AUFPASSEN!»

Schon früher ganz schäbig

Ein richtiger Drecksladen ist die DPD. Das haben sie schon vor 15 Jahren (noch in Kaiseraugst) gemacht. Damals haben sie die kalte Blechhalle beim Thommen gemietet. Wenn es im Winter Minustemperaturen hatte, war es in der Halle noch kälter. Ein schäbiges Klo für 50 bis 100 Mitarbeitende.

STEV LIERS, VIA WORKZEITUNG.CH

WORK 11 / 18. 6. 2021: COVID-KREDITE UND EIN MALEDIVEN-STRAND

30 Jahre Betrug ohne Ende

Wie kann es sein, dass dieser Betrüger über 30 Jahre lang seine Mitmenschen immer wieder derart betrügen kann?

Offener Brief an:

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, geehrte Bundesrätinnen und Bundesräte und Polizeipräsidenten

Am Dienstag, 3. August 2021, sind wieder 1059 mit dem Coronavirus angesteckt.

Hiermit fordere ich Euch auf, die Demos von den Corona-Leugnern, Skeptikern, Impfgegnern und Märchenerzählern zu unterbinden. Sie sind mit daran schuld, dass Corona weiterverbreitet wird.

EIN HOHN. Wir haben es satt, noch länger zuzusehen, wie die Corona-Gegner skrupellos, ohne Rücksicht auf Verluste, über Leichen gehen und somit auch die Menschen gefährden, die sich nicht impfen lassen dürfen, zum Beispiel aus gesundheitlichen Gründen. Dazu muss ich sagen, es sind nicht wenige, sondern 1,5 Millionen Menschen. Es ist ein Hohn, was da getrieben wird. Alle Demos von den Klimaaktivisten zieht man ins Lächerliche. Polizeilich werden die Demos zum Teil sogar unterbunden, und Leute wurden weggetragen.

EINE PFLICHT. Bei den Corona-Leugner-Demos wird zugeschaut, mitgelacht und zugewinkt, man sieht sogar teilweise, wie Demonstranten von Polizisten umarmt werden, aber passieren tut sonst gar nichts. Müssen wir uns diese Verharmlosung vom Coronavirus wirklich gefallen lassen? Glaube nicht. Wenn das so weitergeht, werden wir das Virus nie los. Im Gegenteil, es sterben nur noch mehr Menschen. Ihr habt verdammt noch mal die Pflicht, alle Menschen zu schützen, auch die 1,5 Millionen Menschen, die sich nicht impfen lassen dürfen.

EINE IMPFUNG. Text aus dem «Beobachter»: «In der Schweiz sind zudem 1,5 Millionen Leute auf die Impfungen der anderen angewiesen, um selbst geschützt zu sein: alle unter 16 Jahren und alle, deren Gesundheitszustand keine Impfung zulässt. Das BAG bezeichnet die Impfung deshalb als «Akt der Solidarität.» Auch aus egoistischen Gründen ist es klüger, die Impfung zu wählen.

*Freundliche Grüsse
 Franziska Hulliger, Unia-Mitglied,
 Wasen im Emmental*

Matthias Fröhlicher bringt Farbe in verkrustete Arbeitsmodelle

«Ich bin ruhiger und zufriedener geworden»

Matthias Fröhlicher ist ein bunter Hund in der grauen Malerbranche: Er arbeitet 60 Prozent. Und er hat den Namen seiner Frau angenommen. Die dummen Sprüche überhört er gerne. Schliesslich hat es ihm mehr Lebensqualität gebracht – und die Heirat mit seiner grossen Liebe.

SARAH FORRER | FOTOS MARA TRUOG

«Interviews geben – das bin ich mittlerweile gewohnt», sagt Matthias Fröhlicher lachend zur Begrüssung. Der 40jährige läuft durch den Gang an zwei schnurrenden Langhaarkatzen und dem Staubsauger vorbei zum Esstisch, dort räumt er zwei, drei Heftchen auf die Seite und bietet Kaffee an. Hier, im blauen Mehrfamilienhaus in Rafz, Zürcher Unterland, wohnt der gebürtige Ostdeutsche mit seiner Frau und seiner fünfjährigen Tochter.

Am Anfang lebte die Familie das klassische Schweizer Modell: Sie arbeitete 60, er 100 Prozent. Das Kind wurde zwei Tage in der Kita betreut. Meist kam er am Abend spät heim. Müde, gestresst und unter Strom. Dieser entlud sich bei jeder Kleinigkeit: «Banalitäten brachten mich in Rage.» Von der Tochter bekam er nicht viel mit. «Ich hatte die bekannte Stunde vor dem Zubettgehen.» Dann wurde seiner Frau zum wiederholten Mal der Job als Teamleiterin angeboten. 80 Prozent. Mehr Lohn. Mehr Verantwortung. «Sie verdient eh schon besser als ich. Da war für uns klar: Wir passen unsere Rollen an», erzählt Fröhlicher.

Seitdem ist das Interesse der Medien gross. Sogar das Fernsehen hat ihn interviewt. Ein trauriges Zeichen: Teilzeitarbeit ist in Handwerksberufen immer noch eine Seltenheit. Von flexiblen Arbeitsmodellen keine Spur. Familienverträglichkeit? Fehlzanzeige! Viele Chefs beharren auf Vollzeitmitarbeitenden.

JOBWECHSEL. Auch der ehemalige Chef von Matthias Fröhlicher. Sie seien ein 100-Prozent-Betrieb. Wenn ihm das nicht passe, könne er gehen, hiess es. Und das, nachdem Matthias Fröhlicher 12 Jahre dort gearbeitet hatte. «Ich war so was von wütend und enttäuscht.» Dafür erleichterte es ihm die Entscheidung: Er kündigte ins Blaue raus. Von einem Tag auf den andern. Zwar fragte der Chef noch einige Male nach, ob er nicht doch bleiben wolle. Aber für Fröhlicher war die Sache gegessen.

Er fand im Netz genau eine einzige Teilzeitstelle für Maler, bewarb sich – und bekam den Job. Zum Glück: Maler ist trotz dem steigenden Druck auf den Baustellen sein Traumberuf. Das wusste er bereits als kleiner Junge. «Das Handwerk, die Baustellen, der Geruch, der Lärm: Mir gefällt alles

am Beruf!» Nach der Ausbildung heuerte er in verschiedensten Betrieben an, ging auf Wanderschaft. Nach Holland. Durch ganz Deutschland. Manchmal alleine. Oft mit seinen besten Freunden. «Wir waren und sind bis heute eine kleine Gang. Fünf Männer.» Mit ihnen zusammen zog er auch in die Schweiz. Das Abenteuer lockte. Und das Geld.

In der Schweiz verdienten sie temporär arbeitend 21.65 Franken. Viel mehr als in Deutschland. «Wir fühlten uns wie Helden, bis wir nach Monaten bemerkten, dass wir beschissen wurden.» Statt des Mindestlohnes von 31.65 erhielt sie nur einen Bruchteil. Kurzerhand statteten sie dem Temporärbüro einen Besuch ab und forderten das Geld ein. Und zwar Cash auf die Hand. Vom Bancomaten. Matthias Fröhlicher: «Damals wussten wir noch nichts vom GAV. Aber es war uns eine Lehre.»

NAMENSWECHSEL. In dieser wilden Zeit lernte er auch Rebecca kennen. Seine künftige Frau. Bereits nach drei Monaten sagte er zu ihr: «Dich werde ich mal heiraten.» Die Pflegefachfrau schüttelte nur lachend den Kopf: «Dann musst du aber deinen Namen wechseln. Ich gebe meinen nicht her.» Für Matthias Fröhlicher, der damals noch Schmidt hiess – kein grosses Ding: «Wir leben schliesslich im 21. Jahrhundert.» Dort sind anscheinend noch nicht alle angekommen: Dumme Sprüche liessen in seinem Umfeld nicht

lange auf sich warten. Wie auch bei der Pensen-Reduktion: «Teilzeitclown», «Ah, jetzt kommt wieder die Halbtagskraft» oder «Du kommst auch mal wieder arbeiten?». Doch all diese Sprüche überhört er gelassen.

Er geniesst die Zeit mit der Tochter. Macht Ausflüge in den Kletterpark, in den Wald und kümmert sich um sie, wenn sie krank im Bett liegt. Und gönnt sich persön-

lich mehr Pausen. «Ich bin viel ruhiger und ausgeglichener geworden.» Aufstocken auf 100 Prozent kommt für ihn nicht in Frage. Zu gross ist der Zeitdruck auf den Baustellen. Zu gross die Abstriche im privaten Bereich. Zu gross der Wunsch, die Tochter aufwachsen zu sehen. Er hofft vor allem eines: Dass die Chefs künftig umdenken. Flexibler werden. Offener. «Schliesslich profitieren auch sie von zufriedenen Mitarbeitenden!»



MATTHIAS FRÖHLICHER TAPETEN-WECHSEL

Der Handwerker und Maler macht sich in der Wohnung bemerkbar: Die Wände im Wohnzimmer leuchten in hellem Lila. Das Schlafzimmer dämert in einem satten Fliederrot. Und das Kinderzimmer trumpft in Gelb- und Blau-tönen auf, längsgestreift. Matthias Fröhlicher spielt gerne mit Farben. Als Profi weiss er auch, was geht – und was nicht. «Grüne und blaue Töne sind kalt. Das wird einem rasch zu viel.»

MINTGRÜN. Dem Wunsch seiner Frau nach einer mintgrünen Wand kam er nur widerwillig nach. Er wusste: Lange würde die Freude nicht halten. Und er behielt recht: Bereits nach einigen Wochen strich er die Wand wieder um. «Es gibt Töne, die wirken auf den ersten Blick cool, aber verleiden einem nach kurzer Zeit.» Deshalb empfiehlt er warme Farben. Und diese nie ganz bis zur Decke zu ziehen, sondern einen Rand zu lassen. «Sonst verändert sich das Raumverhältnis zu stark.» Matthias Fröhlicher ist Unia-Mitglied. Er verdient 2600 Franken brutto bei einem 60-Prozent-Pensum.



ABDECKEN STATT KLECKERN: Maler Matthias Fröhlicher kennt sich mit den Farben und ihren Tönen aus.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriff, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophiezbinden@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Jonas Komposch, jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadincau@workzeitung.ch; Johannes Supe, johannessupe@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Sarah Forrer, Martin Jakob, Andreas Rieger, Clemens Studer, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektur** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch **Sekretariat** Mirka Gossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Mirka Gossenbacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 74 963 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.